

Die Generation der doppelten Krise

Wirtschaftliche Unsicherheit und
politische Einstellungen in Südeuropa

Ariane Aumaitre & Jorge Galindo



Vorwort

Die Finanz- und Schuldenkrise vor einem Jahrzehnt traf Südeuropa besonders hart. Leidtragende waren vor allem junge Menschen, da ihre beruflichen Aussichten schwanden und die Jugendarbeitslosigkeit in schwindelerregende Höhen stieg. Die daraus folgende unvermeidliche Abwanderung von Fachkräften nach Mittel- und Nordeuropa führte zu zusätzlichen emotionalen Belastungen in Ländern, die von engeren familiären Bindungen als Mittel- und Nordeuropa und weniger individualistisch geprägt sind.

„Sie haben Mallorca, wir haben Berlin“ wurde unter jungen Spaniern zu einem geflügelten Wort, denn viele von ihnen verließen ihre Heimat und machten sich alleine auf den Weg in die deutsche Hauptstadt. Damals hieß es jedoch, dass diese Generation nur unter einer vorübergehenden Krise leiden müsste und dass sich die Umstände bald bessern würden. Spätestens seit der Pandemie ist klar, dass hier der Wunsch der Vater des Gedankens war. Daher der Titel dieser Studie: Die Generation der doppelten Krise.

Die durch die Pandemie verursachte Wirtschaftskrise stellt die Welt in wirtschaftlicher und in sozialer Hinsicht vor enorme strukturelle Herausforderungen. Den Volkswirtschaften Südeuropas fehlen vor allem aufgrund ihrer starken wirtschaftlichen Abhängigkeit von personenbezogenen Dienstleistungen wie dem Tourismus die wirtschaftlichen Abwehrkräfte gegen eine lange asymmetrische Krise. Erneut hat darunter vor allem die jüngere Generation zu leiden, die außerdem weniger geschützt ist. Seit der „großen Rezession“ (als Konsequenz der Wirtschafts- und Finanzkrise ab dem Jahr 2009) sind in ganz Europa populistische Bewegungen und Parteien im rechten und linken Spektrum entstanden, wodurch das politische Klima toxischer geworden ist – davon betroffen sind Parteien in der Mitte des politischen Spektrums und rationale, liberale Ideen.

Als Vertreter spanischer und deutscher Institutionen, die sich für die EU und den europäischen Integrationsprozess stark machen, wollten wir herausfinden, ob populistische Kräfte in Spanien, Italien und Portugal auf Grund der doppelten Wirtschaftskrise Auftrieb erhalten haben und somit pro-europäischen Kräften zusätzliche Probleme verursachen könnten.

Wir wünschen Ihnen eine unterhaltsame Lektüre.

Es grüßen Sie herzlich

Antonio Roldán Monés,

Leiter des Centro de Políticas Económicas (EsadeEcPol)

David Henneberger,

Büroleiter Madrid für Spanien, Italien, Portugal und den Mittelmeerdialog,

Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit

Zusammenfassende Darstellung

Die Generation, die zwischen 1985 und 1995 geboren wurde, hat das zweifelhafte Privileg, während ihrer Ausbildung und der Eingliederung in den Arbeitsmarkt zwei große Rezessionen erlebt zu haben.

In dieser Studie werden die sozioökonomische Situation dieser Generation in Südeuropa (im Folgenden die „Nachkrisengeneration“) und die Entwicklung ihrer politischen Einstellungen analysiert.

In Südeuropa hat die Nachkrisengeneration im Vergleich zur Vorgängergeneration (die Jahrgänge 1975 bis 1984, im Folgenden die „Vorkrisengeneration“) ein geringeres Einkommen zur Verfügung und weist eine niedrigere Beschäftigungsquote auf. Die Daten weisen darüber hinaus auch auf geringere Quoten in Bezug auf Unabhängigkeit vom Elternhaus, Wohneigentum, Fertilität und potenziellen Wohlstand hin. Dieser Unterschied wirkt sich besonders negativ auf Menschen ohne höhere Bildung aus – sie liegen bei den meisten Indikatoren unter dem Durchschnitt.

Dieses spezifische Generationsmuster findet sich in ganz Südeuropa. In den übrigen Ländern verfügt die Nachkrisengeneration in Bezug auf die Lebensbedingungen über bessere materielle Voraussetzungen als die Vorkrisengeneration.

Die Wahrnehmung mangelnder Chancengleichheit, die Unzufriedenheit mit der Demokratie und der Wunsch nach mehr Umverteilung – alle diese Indikatoren fallen in den südeuropäischen Ländern höher als in Mitteleuropa aus (Bezugsland: Deutschland).

Allerdings unterscheiden sich die politischen Einstellungen und die Zufriedenheit mit der Demokratie der Nachkrisengeneration in den verschiedenen Ländern Südeuropas erheblich voneinander. Diese Vielfalt an Einstellungen lässt sich gegebenenfalls anhand der Wechselwirkung zwischen diesen Unterschieden und

dem gegenwärtigen sowie dem ererbten politischen und institutionellen Kontext erklären. Die untersuchten Länder befinden sich zwar jeweils in einer spezifischen Situation, in allen lässt sich jedoch die graduelle Verschlechterung der Verhältnisse zwischen politischen Repräsentanten und Repräsentierten beobachten.

- Portugal ist es gelungen, die durch die mangelnde Chancengleichheit entstandenen Spannungen abzubauen und so tiefe Risse in Institutionen und Parteien zu vermeiden.
- In Spanien manifestierten sich tiefgehende Unterschiede, weshalb der grundlegende Verfassungskonsens ernsthaft in Frage gestellt wurde. Die neuen politischen Bewegungen fügten sich aber schließlich in die jeweiligen bereits bestehenden, ideologische Blöcke ein.
- In Italien war der Verfall der Institutionen seit Jahrzehnten im Gange – die Krise der Jahre 2008 bis 2012 traf ein Parteiensystem, das bereits in den frühen 1990er Jahren zusammengebrochen war. In dieser Zeit entstanden neue, teils populistische Formationen, die sich aber innerhalb der klassischen ideologischen Parameter bewegten. In dieser neuen, fortgeschrittenen Phase entziehen sich die neuen Formationen den klassischen Kategorisierungen und sind eher populistischer Natur.

Hinzu kommt, dass dort, wo populistische Parteien an Boden gewinnen und sogar den Wahlkampf dominieren, die Zufriedenheit mit der Demokratie steigt, obwohl der Erfolg dieser Parteien auf dem Angriff auf die Institutionen basiert.

Konsequenzen im aktuellen Kontext

Da die durch die Pandemie verursachte Krise die Benachteiligung der Nachkrisengeneration weiter verschlimmern kann, ist eine fortschreitende Erosion der Institutionen in den betroffenen Ländern ebenfalls möglich.

In Spanien deuten vorläufige Arbeitsmarktdaten darauf hin, dass sich die sozioökonomischen Unterschiede im Zuge der neuen Krise vergrößern. Am stärksten sinkt die Beschäftigung bei der Nachkrisengeneration ohne Hochschulbildung, die bereits stark unter der vorangegangenen Krise von 2008 zu leiden hatte.

Der sequentiellen Logik des institutionellen Verfalls folgend könnte die während der aktuellen Krise in Spanien und Portugal entstehende Vergrößerung der sozialen Unterschiede die Attraktivität vorhandener, sich innerhalb des vorhandenen ideologischen Rahmens bewogender, oder auch neuer populistischer Plattformen erhöhen (siehe Italien), während weiterhin der Eindruck bestehen bleibt, dass die etablierten Parteien keine Antwort auf die entstandenen Diskrepanzen finden.

Um dies zu vermeiden, unterbreiten wir vier grundlegende Ideen für eine zielgerichtete Politik, mit der der vorhandene Mangel an Chancengerechtigkeit auch mit Blick auf die Zukunft ausgeglichen werden soll:

- Ein nicht dualisierter, flexibel-sicherer Arbeitsmarkt, der sich auf den Aufbau von Humankapital konzentriert
- Garantie der Möglichkeit, eine Familie zu gründen
- Ein nachhaltiges Sozialsystem
- Ein auf Chancengerechtigkeit ausgerichteter Sozialstaat

Ein diesen Fragen gegenüber offenes System ermöglicht den Wiederaufbau einer pluralistischen, liberalen Demokratie, die sich in den Dienst zukünftiger Generationen stellt.

1. Einleitung

Die in kurzer Abfolge auftretenden Krisen der Jahre 2008 und 2020 haben dazu geführt, dass das letzte Jahrzehnt in den Ländern Südeuropas seit der Einführung der Demokratie bisher noch nicht bekannten Klima der wirtschaftlichen Unsicherheit und Rezession begleitet wurde. Gleichzeitig wurde die politische Stabilität dieser Länder durch das Entstehen neuer Parteien und einer Kluft zwischen den Generationen in Bezug auf Einstellungen erschüttert. An dieser Stelle stellt sich die Frage, wie sich diese Situation auf den Sozialpakt als Fundament unserer Gesellschaften auswirkt, in denen sich Wohlfahrtsstaat und pluralistische Demokratie auf natürliche Weise ergänzen.

Theoretisch beruht der Sozialpakt, der sich in der Nachkriegszeit in den europäischen Gesellschaften durchsetzte, zu einem großen Teil darauf, dass denjenigen Generationen, die ins Erwachsenenalter eintreten, Fortschrittschancen mit sozialer Absicherung eröffnet werden. Möglich macht dies ein System, das Wirtschaftswachstum und soziale Absicherung miteinander kombiniert, wobei dessen Merkmale von Land zu Land unterschiedlich sind.

In Südeuropa führte dieses Gleichgewicht, das gleichzeitig mit der Konsolidierung der neuen liberalen Demokratien erzielt wurde, zu einer beispiellosen Verbesserung der Lebensqualität der Bevölkerung. Damals traten Jugendliche mit der Gewissheit ins Erwachsenenalter ein, dass sie ein besseres Leben führen würden als ihre Eltern. Sie gingen davon aus, dass sie mehr Sicherheit und Wohlstand erreichen würden und dass die Gesellschaft gerechter würde. Außerdem war die politische Dynamik damals weniger von Konflikten geprägt als in früheren Zeiten.

Die Stabilität des erwähnten Sozialpaktes ist heute jedoch unterschiedlichen Bedrohungen ausgesetzt. Einerseits kann das System den neuen Generationen möglicherweise nicht mehr ausreichende Möglichkeiten bieten, wodurch die Entstehung eines Netzes der sozialen Absicherung

gefährdet wird. Andererseits zeigt der politische Konsens, der den Sozialpakt bisher ermöglicht hat, erste Risse auf.

Die wirtschaftlichen Auswirkungen des letzten Jahrzehnts können sich für die junge Generation auch noch langfristig bemerkbar machen. In Südeuropa wurde die Generation junger Menschen, die 2008 ins Erwachsenenalter eintrat, während ihres ersten Jahrzehnts im Erwerbsleben mit einer wirtschaftlichen Rezession, Arbeitsplatzunsicherheit und sehr hoher Arbeitslosigkeit konfrontiert. Durch die Corona-Pandemie wird die Generation, die ihre großen Lebensvorhaben bereits auf Grund der ersten Krise nicht umsetzen konnte, vielleicht ganz auf sie verzichten müssen.

Die Generation, die zwischen 1985 und 1995 geboren wurde, hat das zweifelhafte Privileg, während ihrer Ausbildung und Eingliederung in den Arbeitsmarkt zwei große Rezessionen erlebt zu haben. Die makroökonomischen Verwerfungen des Jahres 2008, die zur Staatsschuldenkrise in den Jahren 2009-2011 führten, wirkten sich auf die Schuldnerländer der Eurozone im Süden Europas unterschiedlich aus. Spanien, Italien, Griechenland und Portugal wurden zwar seitdem allgemein als „Verlierer der Krise“ betrachtet, auf Länderebene haben jedoch nicht alle gleich viel verloren. Allen gemein ist ein durch eine tiefgreifende Segmentierung gekennzeichneter Arbeitsmarkt, auf dem „Insider“, also Arbeitnehmer mit stabilen und relativ gut geschützten Arbeitsplätzen, den „Outsidern“ gegenüberstehen, die Krisen und ihren makroökonomischen Verwerfungen ungeschützt ausgesetzt sind. Die „Outsider“ befinden sich außerhalb des Systems und sind im doppelten Sinne „prekär“, denn in den genannten Ländern profitieren diejenigen, die bereits eine feste Stelle gefunden haben, weitaus mehr von der sozialen Absicherung als diese Außenseiter.

Zwei Merkmale sind für den Status eines Außenseiters bestimmend: Jugend und Bildungsstand. Seit jeher war in diesen Ländern der Eintritt in den Arbeitsmarkt für Berufsanfänger besonders kompliziert – es dauerte

außerdem immer sehr lange, bis sie eine gewisse Stabilität erreichen konnten. Personen mit einer geringeren Bildung geraten besonders leicht in eine prekäre Lage, weil sie nicht über das erworbene (oder vererbte) Startkapital für den erfolgreichen Aufbau von Beziehungen verfügen, über die sie den in den Arbeitsmarkt vorstoßen können und die als Puffer und Hebel für eine erfolgreiche Erholung nach Krisenzeiten dienen.

Die Corona-Pandemie hat einen doppelten Angebots- und Nachfrageschock ausgelöst, worunter die Länder im Süden Europas besonders zu leiden haben. Hierbei muss nicht nur die bereits vorhandene Anfälligkeit, sondern gerade in Spanien und Italien das Ausmaß der Pandemie berücksichtigt werden, das einen harten Lockdown erforderlich machte. Dies brachte eine große Unsicherheit mit sich und traf in Südeuropa die Tourismusbranche, die zudem gerade den „Außenseitern“ Arbeitsmöglichkeiten bietet, besonders hart.

Die wirtschaftliche Situation in dieser „Jahrhundertkrise“ hat in einigen Bereichen der Gesellschaft die Wahrnehmung hervorgerufen, dass die Jugend heute immer weniger Chancen für einen erfolgreichen Start ins Berufsleben und den Aufbau einer gesicherten Existenz erhält. Die älteren Generationen spüren, dass die Sicherheit, die sie erreicht hatten, unter ihren Füßen wegbricht, und die Jugend ahnt, dass sie diese Sicherheit nie erreichen wird. In diesem

Klima der Unsicherheit findet der neue Populismus einen idealen Nährboden.

Zum Verständnis dieser Mechanismen und im Sinne des Versuchs einer Eingrenzung der Möglichkeiten für eine Rückkehr zum Pluralismus - in einem wirtschaftlichen Kontext aufeinanderfolgender Krisen - müssen die Parameter aus der Perspektive eines gescheiterten Sozialpakts genau untersucht werden.

Die vorliegende Studie versteht sich als eine erste Annäherung mit dem Ziel, die Ausmaße dieses Scheiterns zu erfassen. Im ersten Teil dieser Studie werden die materiellen Grundlagen analysiert. Außerdem soll der Verlust von Fortschrittschancen quantifiziert werden. Im zweiten Teil wird die politische Debatte über diese Themen eröffnet. Als Bindeglied zum dritten Teil dient ein Unterabschnitt, der sich mit der subjektiven Wahrnehmung der Bedingungen der Opportunitätsstruktur beschäftigt. Im dritten Teil soll die Analyse auf die Gegenwart ausgedehnt werden, die vollständig von der durch die Pandemie ausgelösten Krise geprägt ist. Abschließend sollen mögliche Schlussfolgerungen für eine Politik zur Wiederherstellung der Chancengleichheit betrachtet und überlegt werden, wie das europäische Modell des Dreiklangs aus sozialem Netz, Freiheit und Pluralismus wieder die volle Unterstützung der gesamten Gesellschaft erhalten kann.

2. Sozioökonomische Analyse: Wo sind die Aufstiegsmöglichkeiten geblieben?

Was besagen die sozioökonomischen Daten?

- In Südeuropa hat die Nachkrisengeneration im Vergleich zur Vorgängergeneration ein **geringeres Einkommen** zur Verfügung und weist eine **niedrigere Beschäftigungsquote** auf.
- Ab einem Alter von etwa 30 Jahren gibt es eine gewisse Konvergenz in Bezug auf Einkommen und Beschäftigung, aber die bis dahin verlorene Zeit drückt sich in **geringeren Werten in Bezug auf Unabhängigkeit, Fruchtbarkeit und Vermögensbildung** aus.
- **Dieses spezifische Generationenmuster findet sich in ganz Südeuropa.** Der Vergleich mit Deutschland zeigt, dass hier die Nachkrisengeneration in Bezug auf die materiellen Voraussetzungen besser als die Vorgängergeneration dasteht.

Aufbau der Analyse

Zum Verständnis der Schwankungen bei den sozioökonomischen Chancen junger Menschen wurde eine Generationenanalyse in Bezug auf die Lebensbedingungen dieser Menschen durchgeführt. Hierfür wurde auf Daten aus der Europäischen Gemeinschaftsstatistik über Einkommen und Lebensbedingungen für Spanien (Encuesta de Condiciones de Vida en España, EU-SILC) aus den Jahren 2007 bis 2017 zurückgegriffen. Diese Umfrage ermöglicht den Zugriff auf Schlüsselemente der sozioökonomischen Lage junger Menschen wie z. B. Jahreseinkommen, Beschäftigungsquote und Unabhängigkeit. Ausgehend von diesen Variablen haben wir uns bei der Analyse einerseits auf die **Vorkrisengeneration**, d. h. die Jahrgänge 1975 bis 1985, und andererseits auf die **Nachkrisengeneration**, die Jahrgänge 1985 bis 1995, konzentriert. Während die Vorkrisengeneration größtenteils vor der großen Rezession in den Arbeitsmarkt eingetreten ist, **ist die Nachkrisengeneration in den ersten Jahren ihres Erwachsenendaseins zwangsläufig durch die Krise geprägt worden**, was Auswirkungen auf ihren gesamten Lebensweg haben kann.

Für die Höhe des Einkommens einer Person während ihres gesamten Lebenszyklus sind u. a. die Arbeitsbedingungen entscheidend, mit denen sie sich zu Beginn ihres Erwerbslebens konfrontiert sieht. Daher basiert unsere erste Annäherung an die Chancen jeder Generation auf der Entwicklung des jährlichen Lohneinkommens, der Beschäftigungsquote und der Fähigkeit zum Vermögensaufbau im Alter von 20 bis 30 Jahren.

In einem zweiten Schritt soll nachvollzogen werden, wie sich die Bedingungen des Arbeitsmarkts für junge Menschen im Alter von 20 bis 30 Jahren auf die Verwirklichung ihrer Lebenspläne auswirken. Hierzu werden die Veränderungen der Generationen bei der Loslösung vom Elternhaus und bei der Gründung einer eigenen Familie erfasst. Im Sinne einer möglichst differenzierten Analyse, die auch die Unterschiede innerhalb jeder einzelnen Generation berücksichtigt, werden die genannten Indikatoren nach erreichten Bildungsabschlüssen aufgeschlüsselt. Hierbei wird jede Generation in junge Menschen mit und ohne Hochschulabschluss unterteilt.

Die Analyse der Generationen wird wie folgt durchgeführt: Für jede Generationen wird der Mittelwert für jede Variable ermittelt, sobald die Mitglieder dieser Generation ein bestimmtes Alter erreicht haben. Dies ermöglicht einen Vergleich der sozioökonomischen Bedingungen der einzelnen Gruppen in einem bestimmten Lebensalter. Bei diesen Gruppen untersuchen wir daher die Entwicklung dieser Variablen im Alter zwischen 23 und 33 Jahren. Dieses Jahrzehnt ist für junge Menschen wegweisend, denn sie treten in dieser Zeit ins Erwachsenenalter ein.

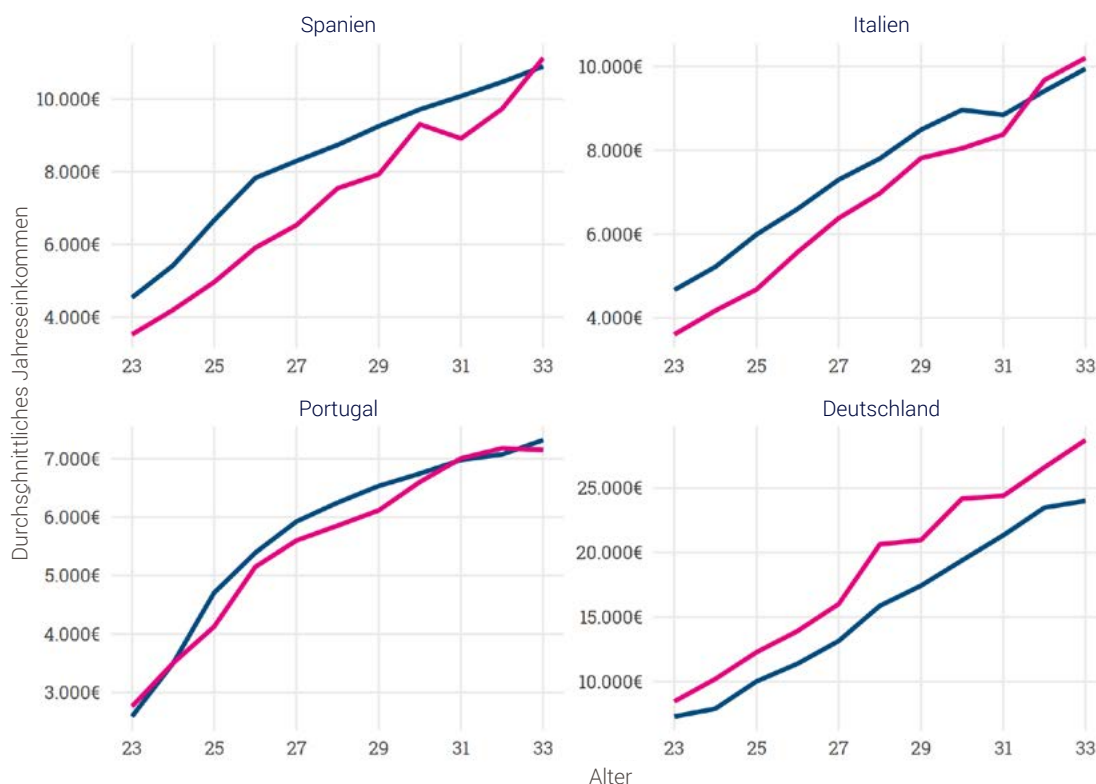
Bei der vorliegenden Analyse stehen die südeuropäischen Länder im Mittelpunkt, und zwar Spanien, Italien und Portugal. Zum Vergleich von Tendenzen und Unterschiede im Hinblick auf andere europäische Länder dient uns Deutschland als Vergleichsmaßstab. Hierdurch kann erfasst werden, welche Muster in Bezug auf Chancen für die junge Generation in Südeuropa spezifisch sind.

Geringere Chancen auf dem Arbeitsmarkt

Hat die neue Generation weniger Chancen als die Vorgängergeneration? Ist es zutreffend, dass junge Menschen über keine ausreichende soziale Absicherung verfügen? Für eine erste Annäherung an diese Frage werden für beide Generationen das Jahreseinkommen und den prozentualen Anteil junger Menschen mit Erwerbstätigkeit verglichen. Diese Angaben sind den Abbildungen 1 und 2 zu entnehmen. Diese Analyse ist generationenbezogen: **Die Werte jedes Indikators werden für jede Generation im gleichen Alter miteinander verglichen.**

Abbildung 1

Entwicklung des Einkommens Vorkrisengeneration [1975-1984], Nachkrisengeneration [1985-1994]



Quelle: EU-SILC. Nettoeinkommen, außer für Deutschland.

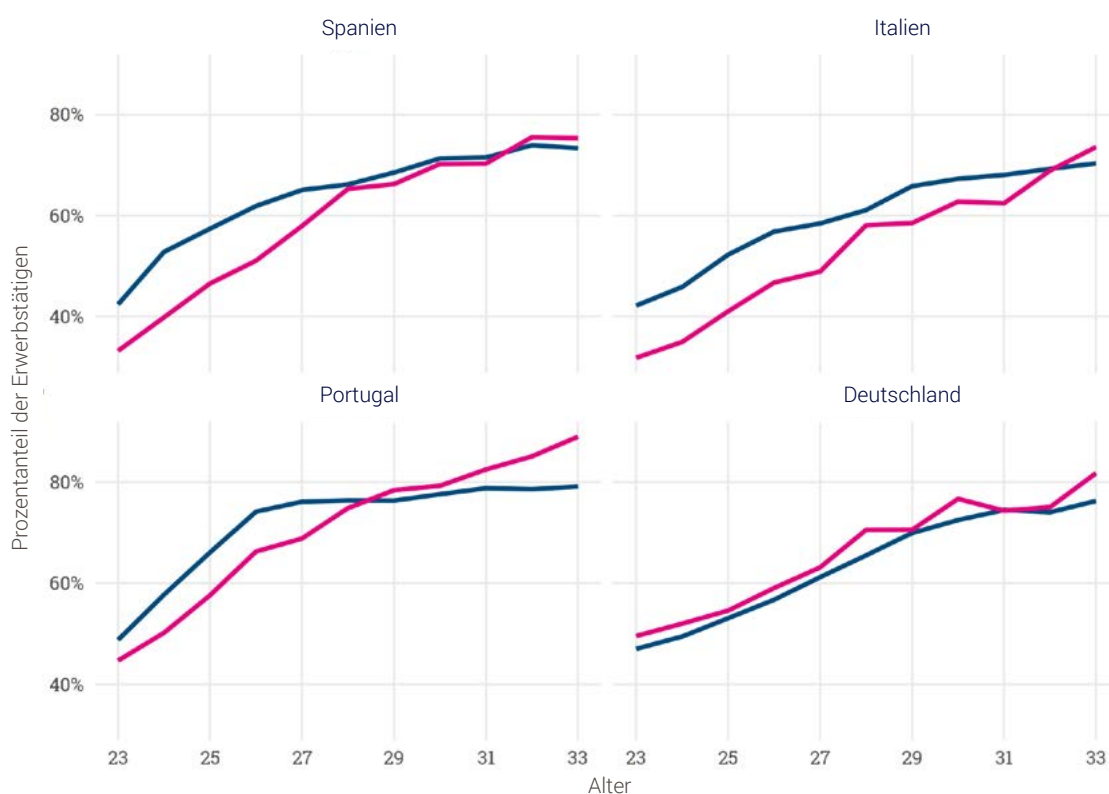
Abbildung 1 zeigt **die ersten Anzeichen für das Entstehen einer Kluft zwischen den Generationen in Südeuropa**. In Spanien, Italien und Portugal verfügt die Nachkrisengeneration, die während der großen Rezession in den Arbeitsmarkt eingetreten ist, **zu Beginn ihrer beruflichen Laufbahn über ein niedrigeres Einkommen** als die Vorkrisengeneration im gleichen Alter. Dieses Muster bleibt für diese Generation im Alter von 20 bis 30 Jahren unverändert – sie verfügt in diesem Zeitraum über ein **niedrigeres durchschnittliches Jahreseinkommen als die Vorgängergeneration**. Obwohl der Unterschied in Portugal etwas weniger stark ausgeprägt ist, kann diese Dynamik in allen drei Ländern beobachtet werden. Sie lässt erst ab dem 30. Lebensjahr nach – in einem Alter, in dem sich die Wirtschaftskrise auf das Leben der Vorkrisengeneration auszuwirken beginnt.

Das Entstehen dieser Lücke zwischen den Generationen lässt sich jedoch in Deutschland nicht beobachten, denn hier erzielt die Nachkrisengeneration ein höheres Einkommen als die Vorkrisengeneration, wobei sich die Einkommenskurven nicht überschneiden. Dies deutet darauf hin, **dass die entstehende Chancenlücke zwischen den Generationen spezifisch für die Länder in Südeuropa ist**, denn hier hat die Wirtschaftskrise die Nachkrisengeneration stärker getroffen als in Mittel- und Nordeuropa.

Abbildung 2

Entwicklung des prozentualen Anteils junger Erwerbstätiger.

Vorkrisengeneration [1975-1984], Nachkrisengeneration [1985-1994]



Quelle: EU-SILC

Die Beschäftigungssituation junger Menschen zeigt eine andere Seite dieser Entwicklung. In Deutschland weisen beide Generationen in den gleichen Altersgruppen ein sehr ähnliches Beschäftigungsniveau auf, wobei die Nachkrisengeneration etwas besser dasteht als ihre Vorgängergeneration. In Südeuropa liegen die Beschäftigungszahlen der Nachkrisengeneration jedoch deutlich unter den Zahlen der Vorkrisengeneration – eine Erholung setzt bei der Nachkrisengeneration erst mit dem Erreichen des 30. Lebensjahrs ein. Dies gilt auch für das Jahreseinkommen.

Sowohl die Einkommens- als auch die Beschäftigungszahlen zeigen, dass sich diese Indikatoren in den drei südeuropäischen Ländern erholen, sobald die Nachkrisengeneration das Alter von 30 Jahren erreicht hat. **Diese Erholung bedeutet jedoch nicht, dass Chancengerechtigkeit hergestellt ist**, da die jungen Menschen auf Grund der Zeit, die sie während des ersten Jahrzehnts auf dem Arbeitsmarkt verloren haben, bei der Verwirklichung ihrer Lebenspläne auf größere Schwierigkeiten stoßen.

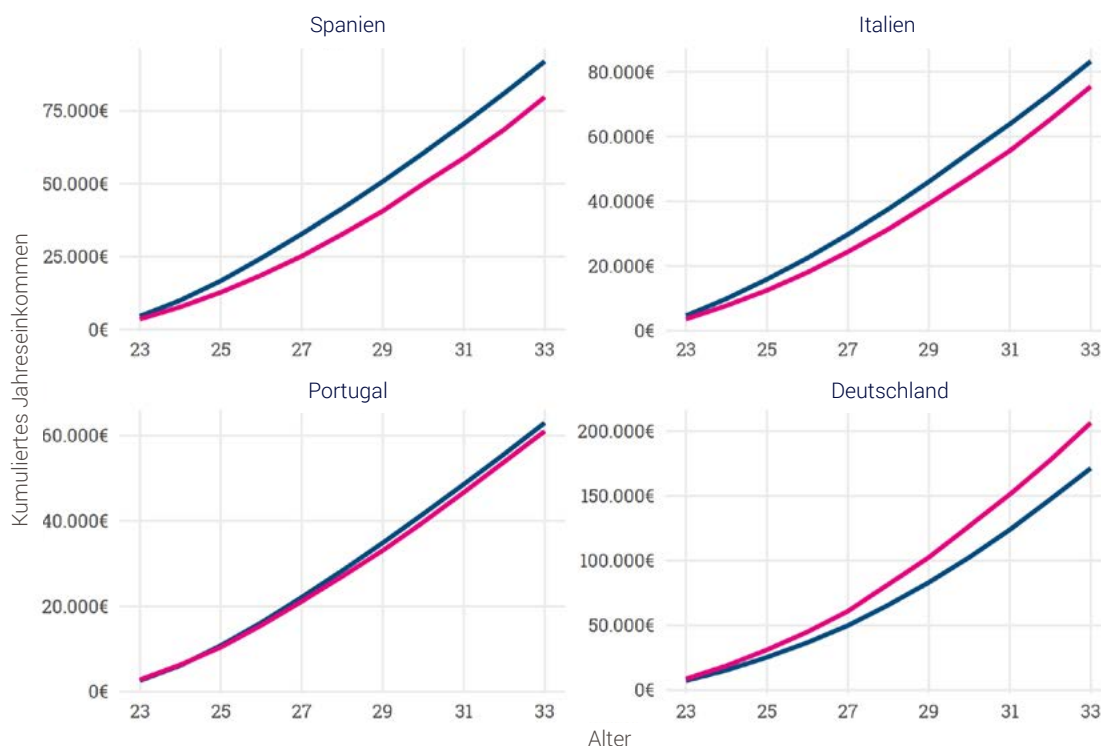
Diese „verlorene Zeit“ wird in Abbildung 3 dargestellt. Sie zeigt anhand der kumulativen Summe des durchschnittlichen Jahreseinkommens jeder Generation über die Zeit die *Fähigkeit jeder Generation zum Vermögensaufbau*. Der Endpunkt, bei dem die Personen 33 Jahre alt sind, zeigt daher das maximale kumulierte Einkommen, über das die jeweilige Generation in diesem Alter im Durchschnitt verfügen könnte.

Abbildung 3:

Fähigkeit zum Vermögensaufbau.

Vorkrisengeneration [1975-1984], Nachkrisengeneration [1985-1994]

Die Y-Achse stellt das kumulierte Einkommen für dieses Alter und diese Generation dar.



Quelle: EU-SILC.
Nettoeinkommen, außer
für Deutschland

Erneut haben wir es mit einem Nord-Süd-Gefälle zu tun. In Deutschland ist die Nachkrisengeneration beim Vermögensaufbau erfolgreicher als die Vorgängergeneration. Daraus kann geschlossen werden, dass sich ihre Lebensverhältnisse im Vergleich zur vorherigen Generation verbessert haben. Dies trifft jedoch auf keines der Länder in Südeuropa zu. **In Spanien, Italien und Portugal hat sich die Fähigkeit zum Vermögensaufbau der jungen Menschen aus der Nachkrisengeneration verringert.**

Diese Daten verdeutlichen, dass die in den Abbildungen 1 und 2 gezeigte Konvergenz der Einkommens- und Beschäftigungszahlen nicht zwangsläufig ein Aufholen der Nachkrisengeneration in materieller Hinsicht bedeutet. Dies wird durch den Generationenunterschied in Bezug auf die Fähigkeit zum Vermögensaufbau belegt.

Von den Erwerbsmöglichkeiten bis zur Verwirklichung der Lebenspläne

Die obigen Daten zeigen, dass junge Menschen der südeuropäischen Nachkrisengeneration unter ungünstigeren Bedingungen als die Vorgängergeneration ins Erwachsenenleben und in den Arbeitsmarkt eintreten. **Ab einem Alter von 30 Jahren normalisieren sich zwar die Einkommens- und Beschäftigungszahlen, aber die „verlorene Zeit“ kann sich auf die Verwirklichung von Lebensplänen** dahingehend auswirken, dass junge Menschen sich erst später vom Elternhaus lösen, eine eigene Wohnung erwerben oder eine Familie gründen können.

Abbildung 4 zeigt den prozentualen Anteil der jungen Menschen, die nicht mehr bei ihren Eltern leben, aufgeschlüsselt nach Bildungsniveau. Zunächst zeigt sich in Bezug auf das Bildungsniveau ein klares Nord-Süd-Gefälle. Während sich in Deutschland junge Menschen mit höherer Bildung eher vom Elternhaus abkoppeln, ist es in Südeuropa umgekehrt: Hier werden junge Menschen mit einem niedrigeren Bildungsniveau eher selbstständig.

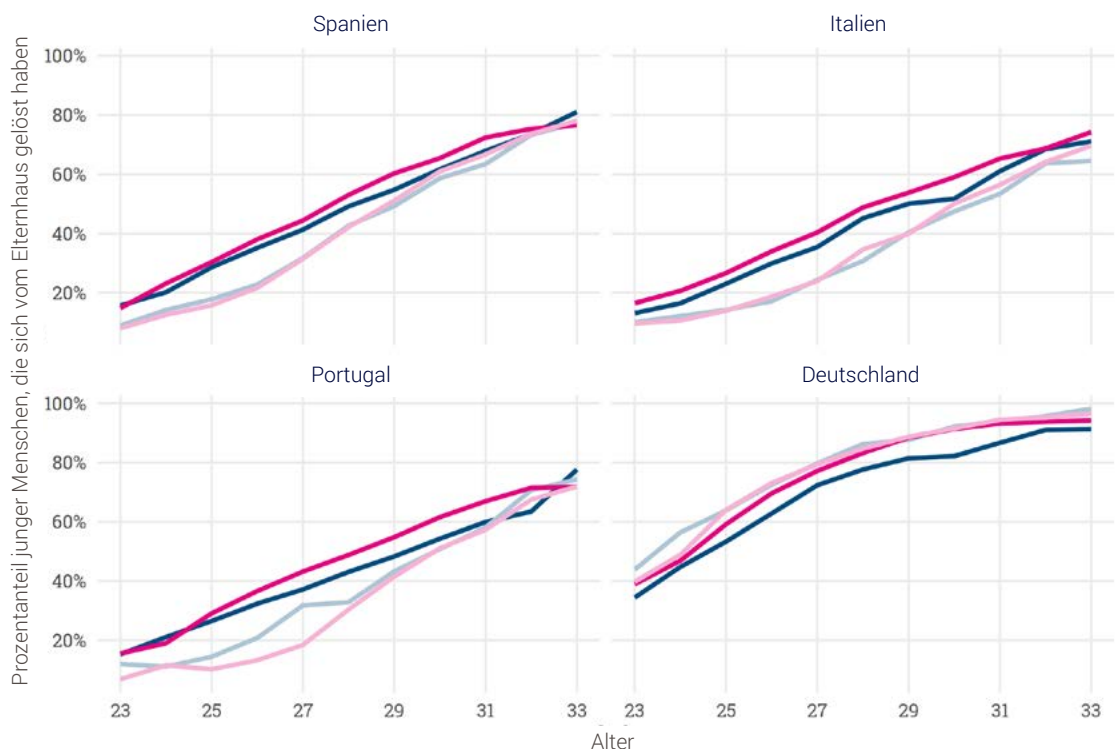
Abbildung 4

Entwicklung des Prozentsatzes junger Menschen, die sich vom Elternhaus gelöst haben.

Erfasste Generation und Bildungsniveau:

Vorkrisengeneration [1975-1984] mit bzw. ohne Hochschulbildung,

Nachkrisengeneration [1985-1994] mit bzw. ohne Hochschulbildung



Quelle: EU-SILC

Bezüglich der generationsbezogenen Dimension gibt es in Südeuropa kaum Unterschiede für junge Menschen mit Hochschulbildung, wohl aber für junge Menschen ohne dieses Bildungsniveau. Dies lässt sich daran erkennen, dass bei jungen Menschen ohne Hochschulbildung eine Lücke zwischen den Generationen in Bezug auf die Unabhängigkeit entsteht, denn die Nachkrisengeneration verlässt das Elternhaus später als ihre Vorgängergeneration, was ein eindeutiger Hinweis für das Aufschieben von Lebensplänen ist.

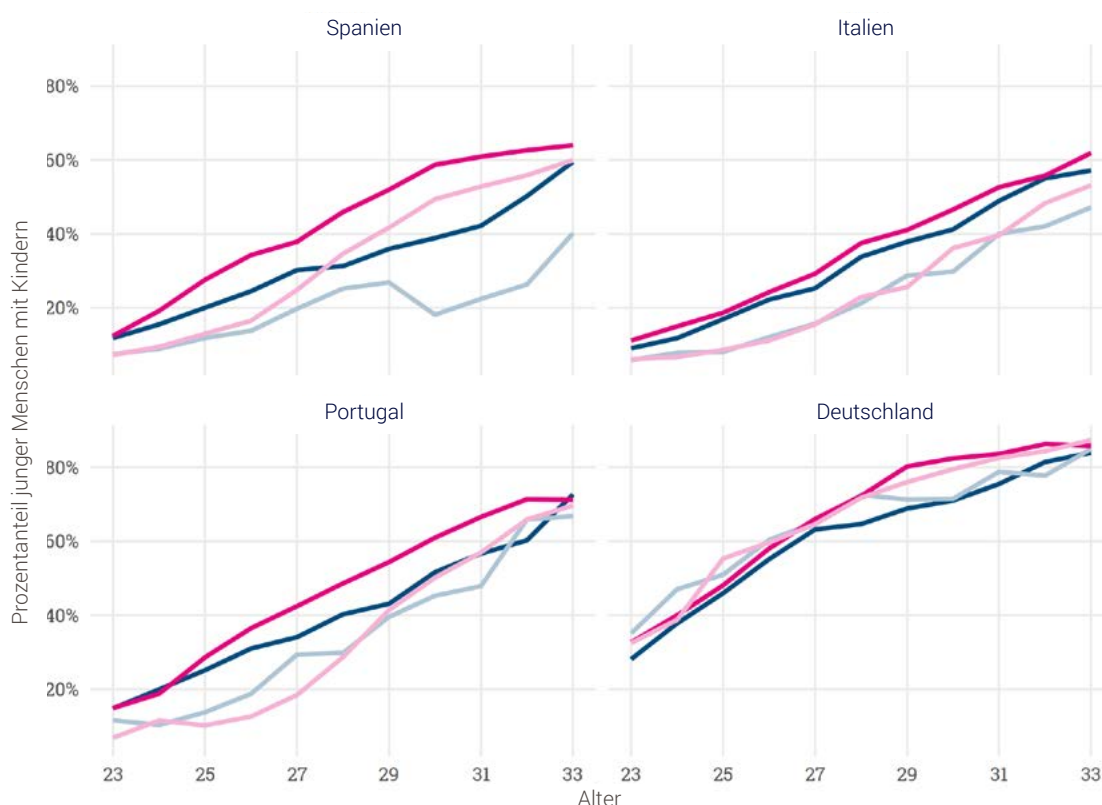
Die schlechtere Position auf dem Arbeitsmarkt und die verzögerte Loslösung vom Elternhaus können einen großen Einfluss auf die Entscheidung haben, ob man eine Familie gründen möchte oder nicht. Diese Entscheidung treffen viele junge Menschen insbesondere im Alter zwischen 20 und 30 Jahren. Abbildung 5 zeigt den durchschnittlichen Prozentsatz der vom Elternhaus unabhängigen jungen Menschen, die mit Minderjährigen zusammenleben (junge Menschen, die noch bei ihren Eltern leben, wurden aus der Analyse ausgeschlossen, um eine Verwechslung bei den Verwandtschaftsverhältnissen zu vermeiden).

Abbildung 5

Prozentsatz junger Menschen mit Kindern. Erfasste Generation und Bildungsniveau:

Vorkrisengeneration [1975-1984] mit bzw. ohne Hochschulbildung,

Nachkrisengeneration [1985-1994] mit bzw. ohne Hochschulbildung



Quelle: EU-SILC

Dieser Indikator zeigt in allen untersuchten Ländern einen allgemeinen Rückgang der Fertilität. Die Entscheidung, Kinder zu bekommen, hängt nämlich nicht nur von der Höhe des Einkommens oder der Beschäftigung, sondern auch davon ab, ob Frauen ihrer beruflichen Karriere den Vorrang vor einer Mutterschaft geben, und ob die Vereinbarkeit von Familie und Beruf durch ausreichende politische Maßnahmen gefördert wird. Dieser Indikator zeigt ebenfalls deutlich, dass die Fertilität bei Personen, die sich von ihrem Elternhaus gelöst haben, in Südeuropa niedriger ist.

Relevant ist auch, dass der Fertilitätsrückgang in Deutschland mit den Generationen zusammenhängt – die Nachkrisengeneration weist unabhängig vom Bildungsniveau niedrigere Werte als die Vorkrisengeneration auf. **In Südeuropa besteht dahingegen eher ein Zusammenhang mit dem Bildungsniveau**, denn bei jungen Menschen mit höherer bzw. ohne höhere Bildung gibt es entsprechende Tendenzen. Vor diesem Hintergrund ist Spanien ein Sonderfall, denn der Prozentsatz der vom Elternhaus unabhängigen jungen Menschen mit Kindern liegt hier bei der Nachkrisengeneration mit höherer Bildung nur bei knapp über 20 % – ein Unterschied von 20 Prozentpunkten im Vergleich zu den übrigen Gruppen.

Eine pessimistische Wahrnehmung von Chancen

Materielle Bedingungen erhalten ihre wahre soziale und politische Dimension, wenn sie sich in der Wahrnehmung der betroffenen Personen widerspiegeln. Nicht selten sind bei der Verbindung zwischen Wahrnehmung und Realität grundlegende Abweichungen zu beobachten: mitunter ist eine pessimistischere oder eine optimistischere Sichtweise festzustellen oder sie liegen in den Grenzbereichen, die durch eine objektive Analyse – wie im vorhergehenden Abschnitt – erfasst werden.

Um die Konturen dieser Verbindung zu erfassen, greifen wir auf die Daten des European Social Survey (ESS) zurück, der renommiertesten Vergleichsstudie zur öffentlichen Meinung in Europa. In der neunten und bisher letzten Ausgabe (basierend auf Feldforschung der Jahre 2018 und 2019) enthält der ESS einen neuen Fragenkatalog zur Wahrnehmung der Chancengleichheit seitens der Bürgerinnen und Bürger aller Länder, die sich an dieser Erhebung beteiligt haben. Die zentralen Themen sind Bildung, Arbeit und Löhne. Die Umfrage erfasst den Grad der Zustimmung zu Aussagen wie „Verglichen mit anderen Menschen in meinem Land hatte ich eine faire/gerechte Chance, den von mir angestrebten Bildungsabschluss zu erreichen“ oder auch „...die von mir angestrebte Stelle zu bekommen“. Die Meinungsäußerung wird in einer Skala von 0 (trifft überhaupt nicht zu) bis 10 (trifft voll und ganz zu) erfasst. Werden die Antworten für alle vier Analysebereiche (Vor- und Nachkrisengeneration, mit bzw. ohne Hochschulbildung) in Durchschnittswerte übertragen, zeigt sich Folgendes: Je höher der Durchschnittswert für die jeweilige Gruppe, desto größer die Wahrnehmung von Chancengleichheit in Bezug auf Ausbildung und Beruf in der betreffenden Gruppe.

Aufgrund der Variationen in den ESS-Stichprobengrößen und der Komplexität bei der Erfassung von (besonders typischen) Wahrnehmungsmustern in sechs verschiedenen Ländern haben wir uns entschlossen, unsere Analyse auf die drei erwähnten südeuropäischen Länder zu beschränken, wobei Deutschland weiterhin als Bezugspunkt dient.

Die anfängliche Zurückhaltung bestätigend ist erkennbar, dass die Evidenz tatsächlich eher gemischt ist. Richtig ist, **dass die Wahrnehmung der Chancen in Südeuropa im Durchschnitt immer niedriger ist** als in Deutschland, was auch als Bestätigung der oben analysierten materiellen Möglichkeiten verstanden werden kann. Im Ländervergleich fällt jedoch zunächst die geringe durchschnittliche Chancenwahrnehmung in Italien auf, die sich besonders beim Thema Ausbildung zeigt. In Spanien und Portugal hingegen sind die Werte nicht nur deutlich höher, sondern auch weniger gesellschaftlichen nach Klassen und Generationen differenziert.

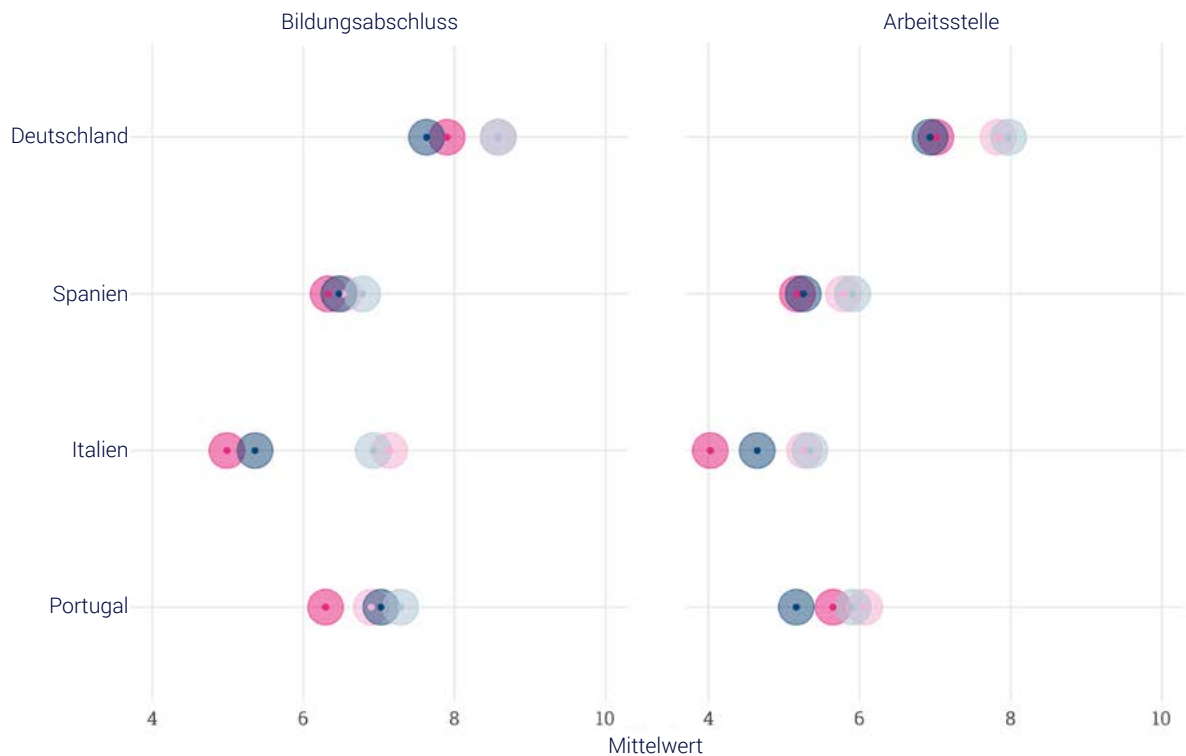
Abbildung 6

„Verglichen mit anderen Menschen in meinem Land hatte ich eine faire/gerechte Chance, den von mir angestrebten Bildungsabschluss zu erreichen“ oder „...die von mir angestrebte Stelle zu bekommen“:
Mittelwert von 0 (trifft überhaupt nicht zu) bis 10 (trifft voll und ganz zu).

Erfasste Generation und Bildungsniveau:

Vorkrisengeneration [1975-1984] mit bzw. ohne Hochschulbildung,

Nachkrisengeneration [1985-1994] mit bzw. ohne Hochschulbildung



Quelle: European Social Survey, 2018-19

Es gibt also einen gewissen Unterschied in der Wahrnehmung von Chancen, aber das beobachtete Muster ist bei Weitem nicht so eindeutig wie in Bezug auf die materiellen Bedingungen. Abgesehen von den Unterschieden zwischen Deutschland und Südeuropa und den deutlich negativen Ansichten der Nachkrisengeneration ohne Hochschulbildung in Portugal **gibt es keine klare Korrelation zwischen der Größe der erfassten Bildungslücke und der Größe der wahrgenommenen Ungerechtigkeit** – weder beim Thema Löhne noch beim Thema Chancen. Dies ist ein wichtiger, signifikanter Befund, denn er belegt eine Hypothese, die in die Argumente zur **Überwindung der politischen Spaltung in Europa nach der großen Rezession einfließt**: Diese Spaltung **ist nämlich nur zum Teil mit den tatsächlichen Unterschieden in Bezug auf Chancengerechtigkeit verbunden**. Vielmehr gibt es eine mittlere Wahrnehmung, die zwischen den realen Ausgangsbedingungen und ihrer politisch motivierten Darstellung verortet ist.

3. Der Bruch des Pakts

Was sagen die Daten über politische Einstellungen aus?

- Die Wahrnehmung mangelnder Chancengerechtigkeit, die Unzufriedenheit mit der Demokratie und der Wunsch nach mehr Umverteilung – alle diese Indikatoren fallen in den südeuropäischen Ländern höher als in Mitteleuropa aus (Bezugsland: Deutschland).
- Außerdem wurden die Unterschiede zwischen den einzelnen Ländern deutlich: In Portugal konnten die durch die mangelnde Chancengerechtigkeit entstandenen Spannungen aufgefangen werden, ohne dass dies einen besonders tiefen Bruch für die Institutionen bedeutete, in Italien gelang dies nach einer seit Jahrzehnten andauernden institutionellen Erosion nicht, und in Spanien vergrößerte sich diese Ungleichheit, was dazu führte, dass der grundlegende Verfassungskonsens zum ersten Mal seit seiner Entstehung ernsthaft in Frage gestellt wurde.

Der Zusammenbruch der „Brücke der Chancen“, die in Spanien, Italien und Portugal weder ausgesprochen stabil war, noch wirkliche Chancengleichheit bieten konnte, ging mit der wachsenden Infragestellung des politischen Gleichgewichts einher, das diese Chancen erst eröffnet hatte. Hierbei wird oft das gesamte System infrage gestellt – es soll mittels populistischer Strategien geändert werden, wobei der Begriff „populistisch“ als Ansammlung von Forderungen verstanden wird, die real oder mutmaßlich mehrheitsfähig sind und ursprünglich gesellschaftlichen Randerscheinungen entspringen.

Die Parallele zwischen *denjenigen*, die außerhalb des Systems stehen und *denjenigen*, die so *denken (oder wählen), als ob sie außerhalb des Systems stehen würden*, ist jedoch weniger offensichtlich, als das im vorherigen Absatz beschriebene Szenario vermuten lässt. So wie die Wahrnehmung von Chancen der materiellen Realität von Lebensverläufen nicht absolut entspricht, weisen politische Einstellungen eine Lücke zu diesem Bezugspunkt auf, was eine nähere Betrachtung verdient.

Zum Verständnis dieser Veränderungen in jedem der drei südeuropäischen Länder muss ein vergleichender Bezugsrahmen herangezogen werden.

In **Italien** brach das Parteiensystem in der ersten Hälfte des letzten Jahrzehnts zusammen, also noch vor der großen Rezession. Die alte Sozialdemokratie verwandelte sich eine zentristische, sozialliberale, von inneren Flügelkämpfen geprägte Partei des „dritten Weges“ namens Partito Democratico (PD) mit Matteo Renzi als Galionsfigur; die PD und die klassische Rechte als Nachfolgerin von Berlusconi wurden allerdings von zwei rein populistischen Bewegungen überrollt: von der Lega als Prototyp der extremen Rechten, die einen nativistischen Diskurs mit einer materiellen Ordnung verbindet, in der der vermeintliche Verlust der nationalen Autonomie für den wirtschaftlichen Niedergang der Italiener insgesamt verantwortlich gemacht wird; und von der Fünf-Sterne-Bewegung (Movimento 5 Stelle), die ebenfalls die Souveränität als Mechanismus zur Wiedererlangung verlorener Chancen betont, aber vielleicht der Generationenfrage eine größere Bedeutung zumisst.

In **Spanien** veränderte sich die politische Dynamik eher in Richtung einer fortschreitenden Fragmentierung der Positionen. Die Kluft zwischen den Generationen war hier sogar noch offensichtlicher als in Italien, denn hier trat eine Bewegung ins Rampenlicht, die zunächst keine Anführer hatte („15M“ im Jahr 2011), jedoch deutlich von der Nachkrisengeneration dominiert wurde, insbesondere bei ihren Anhängern mit höherem Bildungsniveau. Die Sozialisation der neuen Generation zeigt hier eine viel bedeutendere anti-institutionelle Komponente als in Italien, wo der Vertrauensverlust in die Institutionen bereits Anfang der 1990er Jahre mit dem Zusammenbruch des demokratischen Systems der Nachkriegszeit einsetzte. Aus diesem Keim sind in Spanien zwei eindeutig generationenübergreifende Parteien entstanden, eine am äußeren linken Rand, die sich als direkte Erbin der 15M-Bewegung versteht (Podemos), und die andere in der Mitte des Parteienspektrums (Ciudadanos). Beide Parteien machten den Mangel an Chancen zu ihrem Thema, wenn auch mit deutlich unterschiedlichen Intonierungen, Strategien und Lösungsansätzen. Kurze Zeit später sollte auch die extreme Rechte ihre eigene Plattform gründen, die zunächst kulturell-identitär geprägt war, aber nach und nach Konzepte eine Lega und des Front National übernahm, da sie bestätigt sah, dass die nativistische Logik auch auf der materiellen Ebene funktioniert.

Wenig von alledem geschah in **Portugal**, wo ein Erdbeben in Bezug auf politische Einstellungen, ausblieb (die neue rechtsextreme Kraft „Chega“ ist bislang ebenso wie die liberale Formation „Iniciativa Liberal“ noch nicht lange genug im Geschäft und nur auf regionaler Ebene etwas stärker vertreten, um Aussagen zu ihrer langfristigen Relevanz treffen zu können).

Diese Unterschiede sind ein Filter, durch den die im Folgenden dargestellten Daten einen Sinn erhalten. Sie zeigen nämlich, dass in Portugal die durch die mangelnde Chancengleichheit entstandenen Spannungen gemindert werden konnten, ohne dass dabei tiefe Risse in den Institutionen entstanden, dass dies in Italien nach einer seit Jahrzehnten andauernden institutionellen Erosion nicht gelang und dass in Spanien die größere Ungleichheit dazu führte, dass der grundlegende Verfassungskonsens zum ersten Mal seit seiner Entstehung ernsthaft in Frage gestellt wurde.

Der Wunsch nach einer größeren Umverteilung

Präferenzen für Umverteilungsmaßnahmen sind als demoskopische Synthese bei Einstellungen zu materiellen Fragen gut geeignet. Der ESS erhebt diese Einstellungen durch die Frage nach der eigenen Haltung zu der Notwendigkeit, dass der Staat in die Umverteilung von Einkommen eingreift (oder nicht). Wie anhand der oben beschriebenen Ergebnisse sowohl in sozioökonomischer Hinsicht als auch in Bezug auf die Wahrnehmung zu erwarten war, **zeigt sich in den Ländern Südeuropas im Durchschnitt eine stärkere Präferenz für eine Umverteilung** als in Deutschland. Obwohl sich alle Länder im Sinne der europäischen Tradition eher für eine Umverteilung aussprechen, ist das Gefälle in Portugal besonders groß. In diesem Land gibt es auch die größte Abweichung zwischen den verschiedenen Gruppen.

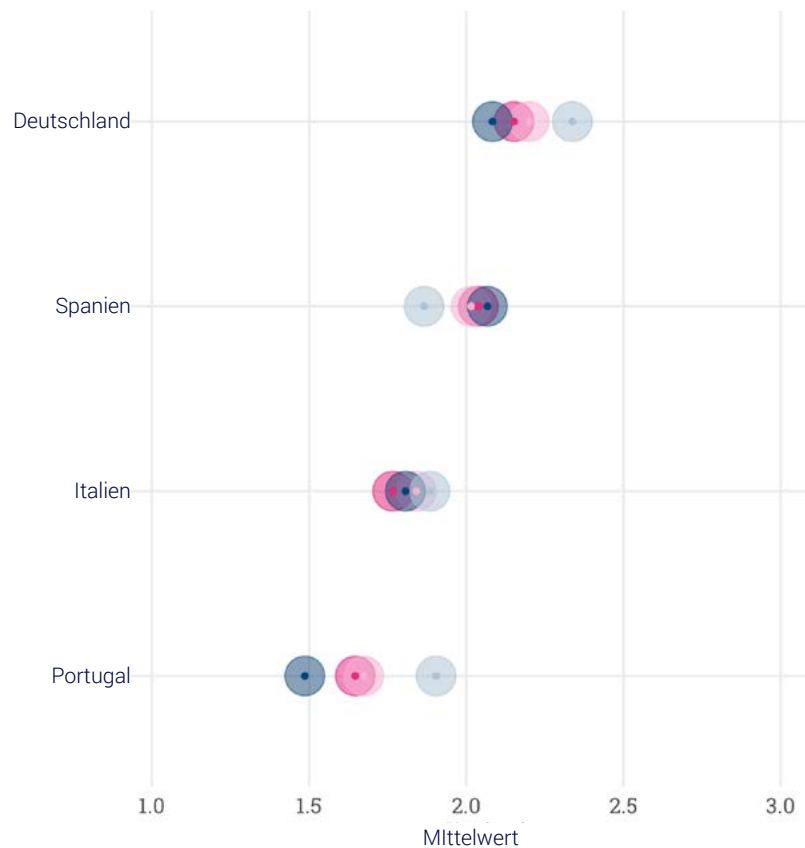
Abbildung 7

„Der Staat sollte Reichtum umverteilen“: Mittelwert von 1 (stimme absolut zu) bis 5 (stimme überhaupt nicht zu)

Erfasste Generation und Bildungsniveau:

Vorkrisengeneration [1975-1984] mit bzw. ohne Hochschulbildung,

Nachkrisengeneration [1985-1994] mit bzw. ohne Hochschulbildung



Quelle: European Social Survey, 2018-19

Die Vorkrisengeneration ohne Hochschulbildung ist in Portugal die Gruppe mit den größten Umverteilungspräferenzen; in Spanien trifft dies auf die Generationenossen mit Hochschulbildung zu, eine Gruppe, die sich besonders abhebt; in Italien scheint die Chancenlücke zu intensiveren Umverteilungsforderungen zu führen, aber die Abstände zwischen den Gruppen sind hier in jedem Fall viel geringfügiger.

Diese Daten könnten so interpretiert werden, **dass der materiell begründete ideologische Konflikt in Portugal tiefergehender ist** (und sich insbesondere in den Generationen vor der Generation Y um Klassenbegriffe dreht), was sowohl zu der mittels der EU-EES-Daten identifizierten Kluft zwischen den Bildungsebenen als auch zu der Wettbewerbslogik zwischen ideologisch differenzierten Blöcken passt, die die politische Dynamik in Portugal weiterhin prägt, und zwar innerhalb des pluralistischen Rahmens, der im letzten Viertel des 20. Jahrhunderts etabliert wurde. In Italien deutet die bemerkenswerte Verdichtung der Positionen jedoch darauf hin, dass sich die Triebkraft für die materiellen Auseinandersetzungen in der politischen Arena nicht mehr aus einer solchen Tradition speist; die Auseinandersetzungen drehen sich hier vor allem um das Konzept der Souveränität. Spanien befindet sich zwischen diesen beiden Extremen.

Die Positionen auf der Umverteilungssachse werden anscheinend weitgehend von länderspezifischen Faktoren bestimmt.

Um dies zu überprüfen, haben wir uns mit der Variation dieser Frage in der zweiten Ausgabe des ESS (basierend auf der Feldforschung im Jahr 2004, in den Jahren des Konjunkturaufschwungs vor der Ausweitung der aktuellen Kluft) und der letzten Erhebungswelle beschäftigt. In Deutschland lässt sich ein Muster beobachten, das stark vom sozioökonomischen Hintergrund geprägt ist: das Alter spielt keine Rolle, die Bildung jedoch schon. Allerdings war die Intensivierung bei denjenigen am größten, die diese Umverteilungsmechanismen theoretisch am wenigsten benötigen. Dies bedeutet, dass es zu einer Verschiebung bei Menschen mit höherer Bildung gekommen ist. Keines der drei großen Länder in Südeuropa knüpft die Entwicklung der Umverteilungspräferenzen in ähnlichem Maße an die Dimension der Klasse wie Deutschland, aber in Italien weist diese Entwicklung gewisse Ähnlichkeiten auf. Dies trifft tatsächlich auf die Nachkriegsgeneration zu, was auf die Existenz eines Generationenmusters hinweist (das in Spanien oder Portugal allerdings nicht zu finden ist). Darüber hinaus trifft dies hier auch auf Menschen mit Hochschulbildung zu, die der vorhergehenden Generationen angehören. Dies ist ebenfalls eine Entwicklung, die schlecht zu den traditionellen Mustern des Pluralismus auf materieller Basis passt.

Abbildung 8

„Der Staat muss Einkommen umverteilen“: Veränderung des Mittelwerts, 2004-2019.

Erfasste Generation und Bildungsniveau:

Vorkrisengeneration [1975-1984] mit bzw. ohne Hochschulbildung,

Nachkriegsgeneration [1985-1994] mit bzw. ohne Hochschulbildung



Quelle: European Social Survey

Spanien und Italien stimmen hier überein, vor allem in der bemerkenswerten Verschiebung der durchschnittlichen Präferenzen in Richtung Umverteilung von Personen mit höherer Bildung der Jahrgänge 1975 bis 1984. Auf Portugal trifft dies nicht zu. In Portugal ist die Intensivierung der Umverteilung ein Thema (1) der Nachkrisen-Generationen und (2) von Personen mit einem geringeren Bildungsniveau. Portugal folgt dem Muster, das man aufgrund der sozioökonomischen Daten erwartet – daher kann man vielleicht besser nachvollziehen, wie die Konflikte im bestehenden System entstanden sind. Wie oben bereits angedeutet, ist in Spanien die Politisierung der Umverteilung auf die Vorkrisengeneration mit höherer Bildung beschränkt.

Das Paradoxon des Vertrauens in die Institutionen

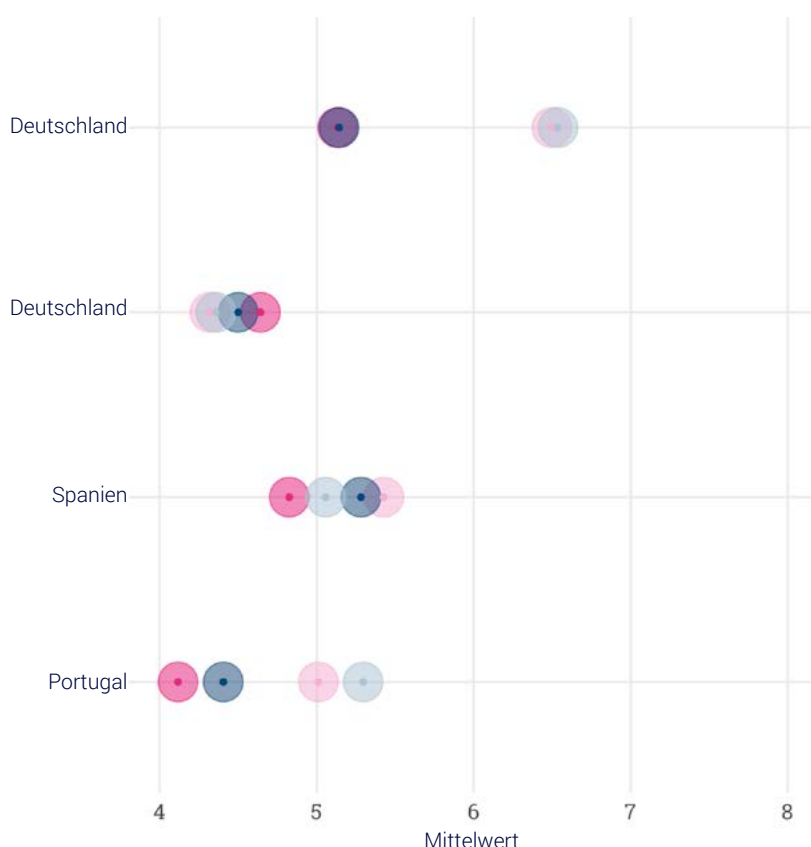
Die erfassten Tendenzen in Bezug auf die Zufriedenheit mit dem System vervollständigen das Bild, das sich für die drei südeuropäischen Länder ergibt; sie konsolidieren den differenzierten Bezugsrahmen für jedes einzelne dieser Länder. Deutschland zeigt einmal mehr nicht nur eine höhere durchschnittliche Zufriedenheit als die übrigen Länder, sondern auch ein traditionelles Klassengefälle: Laut ESS 2018-19 vertrauen vor allem Menschen mit höherer Bildung unabhängig von ihrer Generationszugehörigkeit dem demokratischen System in Deutschland. Auch in diesem Punkt spiegelt Portugal wieder einmal die in Deutschland zu beobachtende Spaltung, allerdings ist hier das Durchschnittsvertrauen deutlich höher, und es ist eine gewisse intergenerationelle Differenzierung zu beobachten, wobei ab dem Geburtsjahrgang 1985 das Vertrauen in die Demokratie deutlich abnimmt. Auch hier liegt das zu erwartende Ergebnis einer Dynamik vor, die eng mit dem politischen Wettbewerb verwoben ist. Die Ergebnisse für Italien und Spanien sind längst nicht so eindeutig.

Abbildung 9

Zufriedenheit mit der Demokratie: 0 (überhaupt nicht zufrieden) bis 10 (absolut zufrieden)

Erfasste Generation und Bildungsniveau:

Vorkrisengeneration [1975-1984] mit bzw. ohne Hochschulbildung, Nachkrisengeneration [1985-1994] mit bzw. ohne Hochschulbildung



Quelle: European Social Survey

In Italien kann die zwischen Klasse und Generation verlaufende Trennlinie kaum ausgemacht werden. Das signifikanteste Ergebnis ist, dass die Nachkriegsgeneration ohne Hochschulbildung im Durchschnitt eine geringere Zufriedenheit zeigt als der Rest – hier gibt es eine Übereinstimmung mit Portugal. In Spanien nehmen jedoch gerade die Jahrgänge ab 1984 mit höherer Bildung diese Haltung an, obwohl sich die Gruppen insgesamt nur sehr wenig voneinander unterscheiden. Vielleicht lässt sich als wichtigstes Ergebnis das relativ geringe Vertrauen in die spanische Demokratie quer durch alle Gruppen festhalten, was als natürliches Begleichprodukt der institutionellen Krise ab dem Jahr 2011 verstanden werden kann.

Dahingegen lässt sich in Südeuropa an anderer Stelle ein konsistentes Muster feststellen: Die Einstellung zu den Parteien als wichtigstem Übertragungsmechanismus für die Forderungen der Öffentlichkeit in einer pluralistischen Demokratie. Die Kluft in Bezug auf die Nähe zu Parteien nach Bildungsniveau ist in den drei Ländern besonders tief. In Spanien und Portugal ist die fehlende Verbundenheit zu den Parteien in der Nachkriegsgeneration ohne Hochschulbildung besonders ausgeprägt, während Mitglieder dieser Generation, die über eine Hochschulbildung verfügen, identische Affinitäten wie die Vorgängergeneration aufweisen.

Abbildung 10

Prozentanteil, der sich einer Partei verbunden fühlt

Erfasste Generation und Bildungsniveau:

Vorkrisengeneration [1975-1984] mit bzw. ohne Hochschulbildung,

Nachkriegsgeneration [1985-1994] mit bzw. ohne Hochschulbildung



Quelle: European Social Survey, 2018-19

Für diese beiden Länder kann die Hypothese aufgestellt werden, dass weder die alten Parteien noch die neuen Formationen adäquat auf die neuen, durch die wachsenden sozioökonomischen Unterschiede entstandenen Anforderungen reagieren. In Italien scheinen die Verschiebungen im Parteiensystem jedoch mit den neuen und auch mit den besonders benachteiligten Generationen in Verbindung zu stehen, was teilweise das geringfügig bessere Ergebnis bei der Zufriedenheit mit dem System erklärt, das im vorherigen Abschnitt beschrieben wurde. Daraus ergibt sich ein schwer aufzulösendes Paradoxon bzw. eine Warnung: **Dort, wo ein ganzer Reigen an populistischen Parteien auf dem Vormarsch ist und den Wahlkampf dominiert, steigt die (allgemeine) Zufriedenheit mit der Demokratie, obwohl diese Parteien ihre Institutionen auf lange Sicht in Frage stellen.**

Wie sich dieses Phänomen bei Abstimmungen ausdrückt, stellen die verschiedenen Formen dieses Paradoxons deutlich dar. In Italien spricht der neue Populismus der Fünf-Sterne-Bewegung mit besonderer Intensität die neuen Generationen an, scheint aber auch auf die Vor- und Nachkrisengeneration ohne Hochschulbildung attraktiv zu wirken. Dahingegen sind in Spanien die neuen linkspopulistischen Bewegungen (Podemos und das Umfeld dieser Partei) vor allem für Menschen mit höherer Bildung attraktiv.

Abbildung 11

Bei der letzten landesweiten Wahl haben Sie für eine Partei des ... Spektrums gestimmt

Generation und Bildungsniveau:

Vorkrisengeneration [1975-1984] mit bzw. ohne Hochschulbildung,

Nachkrisengeneration [1985-1994] mit bzw. ohne Hochschulbildung



Quelle: European Social Survey, 2018-19

VOX ist eine Partei des rechten Spektrums, die eindeutig die Vorkrisengeneration ohne Hochschulbildung anspricht. In Italien trifft dies auch auf die Lega zu, obwohl hier die Spaltung eher generationen- als klassenbezogen ist.

Eine Skala des Verfalls der Institutionen

Die politischen Einstellungen und die Zufriedenheit mit der Demokratie der Nachkrisengeneration unterscheiden sich in den verschiedenen Ländern Südeuropas erheblich voneinander. Ein Muster dieses Verfalls ist nicht eindeutig zu erkennen, lediglich Anzeichen einer allmählichen Erosion sind in allen Ländern vorhanden. Die Vielfalt an Einstellungen lässt sich gegebenenfalls anhand der Wechselwirkung zwischen den Unterschieden und dem gegenwärtigen sowie dem ererbten politischen und institutionellen Kontext erklären. Die untersuchten Länder befinden sich alle in einer jeweils anderen Phase, in allen lässt sich jedoch die graduelle Verschlechterung der Verhältnisse zwischen politischen Repräsentanten und Repräsentierten beobachten.

- Portugal ist es gelungen, die durch die mangelnde Chancengerechtigkeit entstandenen Spannungen abzubauen und so tiefe Risse in Institutionen und Parteien zu vermeiden.
- In Spanien manifestierten sich tiefgehende Unterschiede, was dazu führte, dass der grundlegende Verfassungskonsens zum ersten Mal seit seiner Entstehung ernsthaft in Frage gestellt wurde. Im Parteiensystem blieb das traditionelle Rechts-Links-Schema bestehen, und die neuen Bewegungen fügten sich schließlich in die jeweiligen bereits bestehenden Ideologien ein.
- In Italien war der Verfall der Institutionen seit Jahrzehnten im Gange – die Krise der Jahre 2008 bis 2012 traf ein Parteiensystem, das bereits in den frühen 1990er Jahren zusammengebrochen war. In dieser Zeit entstanden neue, teils populistische Formationen, die sich aber innerhalb der klassischen ideologischen Parameter bewegten. In der neuen, fortgeschrittenen Phase entziehen sich die neuen Formationen den klassischen Kategorisierungen und nähern sich eher populistischer Natur.

Hinzu kommt, dass dort, wo populistische Parteien an Boden gewinnen und sogar den Wahlkampf dominieren, die Zufriedenheit mit der Demokratie steigt, obwohl der Erfolg dieser Parteien auf dem Angriff auf die Institutionen basiert. Das zentrale Paradoxon ist, dass die Demokratie sich selbst untergräbt, wenn die dominierenden Parteien nicht auf die Forderungen, Bedürfnisse und Wahrnehmungen ihrer Wähler reagieren. Dies trifft insbesondere auf die neuen Generationen zu, die sich zum ersten Mal an Entscheidungsprozessen beteiligen. In diesem Sinne kann die durch die Pandemie verursachte Krise die Benachteiligungskrise der Nachkrisengeneration weiter verschärfen, und die Erosion der Institutionen in den betroffenen Ländern könnte ebenfalls weiter voranschreiten.

4. Die neue Krise: mögliche Szenarien

Nach einem Jahrzehnt, das in den Ländern Südeuropas von der großen Rezession geprägt war, entsteht im aktuellen Kontext eine neue Krise, die durch die Corona-Pandemie verursacht wird. Angesichts dieser neuen wirtschaftlichen Instabilität muss die Nachkrisengeneration (Jahrgänge 1985-1995), die bisher auf die unmittelbare Umsetzung ihrer Lebenspläne infolge der Krise von 2008 verzichten musste, damit rechnen, dass ihre Zukunftspläne möglicherweise nie Wirklichkeit werden. Im Folgenden werden Daten aus der jüngsten spanischen „Arbeitnehmerumfrage“ analysiert, um zu bewerten, inwieweit die beschriebenen Lücken in der neuen Krise wieder auftreten und sich vergrößern könnten. Damit soll deutlich gemacht werden, dass die möglichen Szenarien in Folge der neuen Rezession auf jeden Fall ernst genommen werden müssen. Eine Möglichkeit ist ein „virtuoses Szenario“ mit Reformen und dem Wiederaufbau des sozialen Netzes in Südeuropa, wodurch ein Prozess wieder aufgenommen würde, der nach der letzten Krise nur ansatzweise erprobt und schließlich aufgegeben wurde. Eine weitere Möglichkeit ist ein „entropisches Szenario“, bei dem die Nachkrisengeneration aufgrund ausbleibender Reformen die im letzten Jahrzehnt verlorene Zeit nicht wieder aufholen könnte.

Während der Pandemie vergrößert sich die Kluft

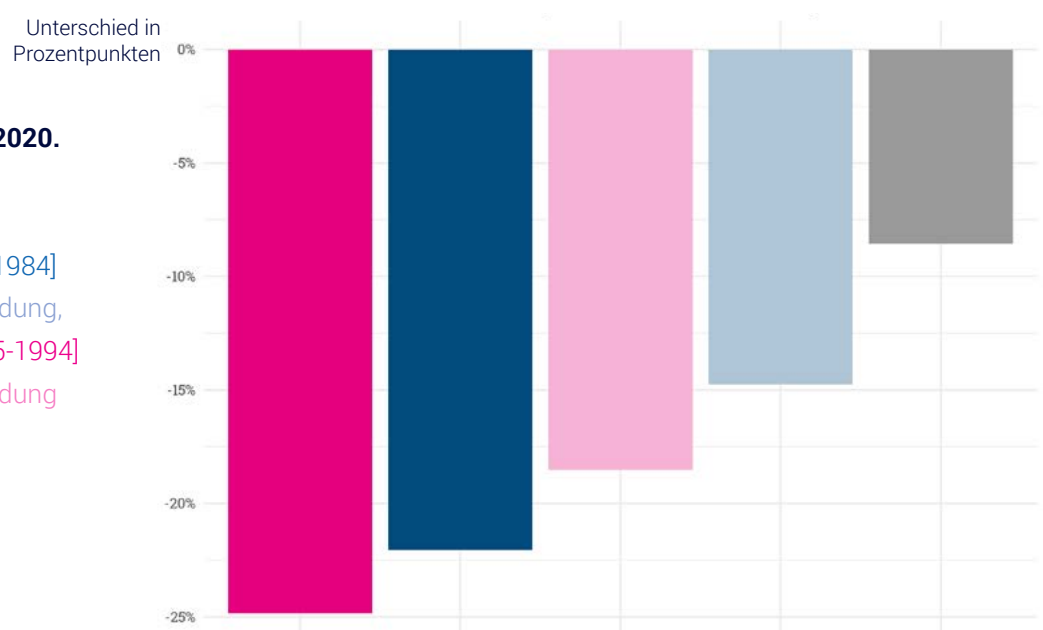
Unter Verwendung von Daten aus der Erhebung der erwerbstätigen Bevölkerung für das zweite Quartal 2020 (die Monate April bis Juni 2020, in denen die Auswirkungen der Pandemie bisher am deutlichsten zu spüren waren) wird beim Vergleich mit Daten aus dem Vorjahreszeitraum ersichtlich, wie sich die in Abschnitt 2 beschriebenen sozioökonomischen Unterschiede im Zuge der neuen Krise vertiefen. Abbildung 12 zeigt für die in dieser Studie untersuchten Generationen – aufgeschlüsselt nach Bildungsgrad – und für die übrige Erwerbsbevölkerung die Differenz zwischen dem Prozentsatz der Erwerbstätigen (diejenigen, die laut Angabe in der Vorwoche einer bezahlten Tätigkeit nachgegangen sind) im zweiten Quartal 2020 und dem entsprechenden Vorjahreszeitraum.

Abbildung 12:

**Differenz in Prozent
der Erwerbstätigen,
Vergleich 2. Quartal 2019-2020.**

Erfasste Generation
und Bildungsniveau:

Vorkrisengeneration [1975-1984]
mit bzw. ohne Hochschulbildung,
Nachkrisengeneration [1985-1994]
mit bzw. ohne Hochschulbildung



Quelle: Erhebung der erwerbstätigen Bevölkerung

Die Daten in der Abbildung verdeutlichen noch einmal die beiden wichtigsten Diskrepanzen, die sich durch die gesamte Analyse ziehen: die Diskrepanzen zwischen den Generationen und im Bezug auf das Bildungsniveau. Einerseits ist der Beschäftigungsgrad bei Menschen ohne Hochschulbildung im Vergleich zu 2019 gesunken. Andererseits zeigt der Vergleich zwischen den Generationen, dass für die Nachkrisengeneration (Jahrgänge 1985-1995) unabhängig vom Bildungsniveau ein größerer Rückgang der Beschäftigung zu verzeichnen ist. Wieder einmal ist es die Nachkrisengeneration ohne Hochschulbildung, die in einer Wirtschaftskrise am schlechtesten dasteht – ein weiterer Nachteil neben der ohnehin schlechteren Ausgangsposition dieser Generation.

Die ersten Erkenntnisse aus den bisherigen Monaten der Pandemie deuten daher auf ein pessimistisches Szenario hin, sowohl für Personen ohne Hochschulbildung als auch für die Nachkrisengeneration. Obwohl nach der großen Rezession eine Erholung beim Einkommen und bei der Beschäftigung dieser Generation einsetzte, könnte eine neue Krise diese Erholung untergraben, weshalb diese Generation die Umsetzung ihrer Lebenspläne erneut auf unbestimmte Zeit verschieben müsste. Die Daten deuten daher darauf hin, dass sich die derzeitigen Diskrepanzen ohne Reformen noch weiter vergrößern könnten, was sich nicht nur auf die Wirtschaft, sondern auch auf das Vertrauen in die Institutionen oder die Stabilität des Parteiensystems in Südeuropa auswirken würde.

Zwei Szenarien: Reformen oder Erosion

Reformszenario: Reformen und erneutes Gleichgewicht. In einem Reformszenario könnte sich die Covid-19-Pandemie für die Regierungen in Südeuropa als eine Gelegenheit zur Umsetzung erforderlicher Reformen im Bereich des Sozialstaats erweisen, wobei der **Schwerpunkt auf einer Politik liegen sollte, die jungen Menschen Chancen für den Eintritt ins Erwachsenenleben und in den Arbeitsmarkt** sowie die Gründung einer Familie **ermöglicht**. So könnte jungen Menschen der Einstieg ins Erwachsenen- und Erwerbsleben gelingen und durch ein soziales Netz geschützt sein - eines der Ziele des Sozialstaats.

Das Erreichen dieses Zieles setzt eine Reihe von Strukturreformen voraus, **mittels derer die Effizienz und Effektivität einer Sozialpolitik für besonders darauf angewiesene Bevölkerungsgruppen gewährleistet werden kann**. Ein Beispiel für eine solche Politik ist die Einführung eines existenzsichernden Einkommens in Spanien während der Pandemie; diese Maßnahme **trägt zur Umverteilung von Einkommen, aber vor allem zur Schaffung von Chancen der am meisten gefährdeten Gruppen** in einem Land mit einer ausgeprägten Dualisierung der sozialen Absicherung bei. Diese Dualisierung ist ein charakteristisches Merkmal der Länder Südeuropas und stellt ein großes Hindernis für die Chancengleichheit dar. Zur Bekämpfung dieser Dualität sollte eine solche Politik wiederum von einer **aktiven Beschäftigungspolitik oder Arbeitsmarktreform** begleitet werden, damit junge Menschen – insbesondere bei einem niedrigeren Bildungsniveau – auf dem Arbeitsmarkt weniger stark benachteiligt werden. Entscheidend ist darüber hinaus die Nachhaltigkeit des Systems – dies beinhaltet Maßnahmen wie eine konsequente Reform des Rentensystems unter Anwendung eines Nachhaltigkeitsfaktors.

Für die Nachkrisengeneration, die während der großen Rezession ins Erwachsenenalter eingetreten ist, könnte dies zu einem entscheidenden Faktor für ihre Lebensplanung werden. Obwohl die in dieser Studie vorgelegten Daten gezeigt haben, dass diese Generation sich mit einem besonders ungünstigen Einstieg in den Arbeitsmarkt und einem Aufschub ihrer Lebenspläne konfrontiert sieht, könnte sie diese bei einem Konjunkturaufschwung und Wohlstandsgewinnen später doch noch umsetzen. In einer Krisensituation muss die Verwirklichung dieser Projekte jedoch von öffentlichen Maßnahmen unterstützt werden.

Die *Spillover*-Effekte dieses Vorhabens im politisch-institutionellen Rahmen können ein enormes Potenzial entfalten. Wenn der politische Schwerpunkt wieder auf die (Re)Konstruktion eines Paktes zwischen Klassen und Generationen verlagert wird und das demokratische System nicht nur für die Wahrnehmungen, sondern vor allem für die grundlegenden materiellen Bedürfnisse der neuen Generationen sensibilisiert wird, kann das pluralistische Gravitationszentrum leichter wiederhergestellt und unter Parametern reformiert werden, die eher seinen Erfolg als seine Infragestellung bewirken. Ein Populismus, der sich insbesondere auf die angebliche Einbeziehung von eigentlich von der Entscheidungsfindung ausgeschlossenen Gruppen konzentriert, ist nicht dazu geeignet, an dessen Stelle zu treten.

Erosionsszenario: Konsolidierung der Diskrepanzen. In einem zum Reformszenario entgegengesetzten Szenario **verstärkt die aktuelle Krise die Dynamik, die in dieser Analyse dargelegt wurde**, und führt möglicherweise zu einer irreparablen Kluft in Bezug auf die Chancen der neuen Generationen. So werden in Ermangelung von Reformen **die strukturellen Merkmale der Länder des Südens die Kluft zwischen den Generationen weiter vergrößern**, wodurch Außenseiter und weitere Gruppen ungeschützt bleiben und den am stärksten gefährdeten Menschen ebenfalls kein ausreichender Schutz geboten wird.

In diesem Zusammenhang könnte der sozioökonomische Aufstieg, der bei der Nachkrisengeneration im Alter von knapp 30 Jahren zu beobachten ist, durch die neue Krise gestoppt werden, weshalb Lebenspläne wie die Loslösung vom Elternhaus, die Gründung einer Familie oder der Kauf eines Eigenheims gegebenenfalls nie verwirklicht werden können. Gleichzeitig **könnten die Muster, die bei der Nachkrisengeneration während der großen Rezession beobachtet wurden, bei den jungen Menschen, die heute in den Arbeitsmarkt eintreten, erneut auftreten: das Phänomen einer „verlorenen Generation“ würde sich wiederholen.**

Auf politischer Ebene könnte dieses Szenario in Spanien und Italien zu einer noch stärkeren Fragmentierung der politischen Landschaft führen und somit der in den letzten Jahren zu beobachtende Trend fortsetzen. Diese Dynamik könnte sich letztlich auch auf Portugal übertragen. In der vorangegangenen Krise konnte Portugal seine Institutionen retten, weil das demokratische System in der Lage war, Forderungen im Rahmen der pluralistischen Logik zu integrieren. Es gibt jedoch keine Garantie dafür, dass dies angesichts einer neuen Rezession noch einmal gelingen wird. Wie man bereits in Spanien und Italien sehen konnte, werden Reformen immer unwahrscheinlicher, je mehr die Fragmentierung in Richtung der extremen Pole zunimmt und totalisierende und populistische Argumente ein Übergewicht erhalten („*Lo queremos todo*“ – „Wir wollen alles“ lautet der Slogan einer weit links stehenden, für die Unabhängigkeit Kataloniens eintretenden Partei, die bei den letzten Wahlen – von denen Spanien seit 2015 mehrere erlebt hat – ins Parlament einzog).

5. So kann die Kluft geschlossen werden

Die große Rezession und ihre Folgen haben zu einer Verschlechterung der Lebensbedingungen junger Menschen in Südeuropa und zu einem Aufschub ihrer Lebenspläne geführt. Ausschlaggebend für diesen Trend waren die besonders ausgeprägten Auswirkungen der Krise und die mangelnde Ausrichtung der Wohlfahrtsstaaten an den Bedürfnissen der Bevölkerung. Während in Ländern wie Deutschland, Frankreich oder Schweden die Nachkrisengeneration (Jahrgänge 1985 bis 1995) ein vergleichsweise besseres Leben führt als die Vorgängergeneration, ist dies in Spanien, Italien und Portugal nicht der Fall.

Angesichts einer neuen Rezession besteht die Gefahr, dass sich für die Nachkrisengeneration nichts ändert und dass auch die Generation, die jetzt ins Berufsleben eintritt, mit einer solchen Situation konfrontiert wird. Im vorigen Abschnitt wurden zwei extreme Szenarien entworfen: Im ersten Szenario wird die Pandemie als Chance für die Überwindung der entstehenden Diskrepanzen genutzt, im zweiten Szenario bleibt die Politik untätig, so dass sich die Kluft zwischen den Generationen verfestigt. Aber welche Maßnahmen kann die Politik ergreifen, um den Teufelskreis zu durchbrechen und in eine Aufwärtsspirale der Chancen zu verwandeln? Wir schlagen einen Katalog mit vier spezifischen Maßnahmen vor.

1. Ein auf Chancengerechtigkeit ausgerichteter Sozialstaat

Nach Einschätzung der OECD ist für die Länder in Südeuropa ein Sozialsystem charakteristisch, das die Dualität ihres Arbeitsmarktes widerspiegelt, was bedeutet, dass der Transfer von Sozialleistungen zwischen den größten Beitragszahlern erfolgt. Außerdem wird dieses beitragsorientierte System im Gegensatz zu anderen europäischen Ländern nicht durch ein soziales Netz zum Schutz der schwächsten Mitglieder der Gesellschaft ergänzt. Daher müssen die öffentlichen Ausgaben auf diejenigen Gruppen konzentriert werden, die den größten Bedarf haben. Ohne einen Mechanismus zur Einkommensumverteilung wird sich die Chancenungleichheit von Generation zu Generation fortsetzen.

Effiziente Umverteilungssysteme, die auf zukünftige Generationen ausgerichtet sind. Wenn Chancen an das Haushaltseinkommen gebunden sind, haben Transfersysteme für eine maximale Verringerung der Einkommensunterschiede einen Umverteilungseffekt, der als „effiziente Umverteilung“ bezeichnet werden kann: Die Fokussierung von Transferprogrammen auf Haushalte, in denen sich diese Ausgaben positiv auf die nächste Generation auswirken, führt zu Verbesserungen für die Gesellschaft als Ganzes, da Talente und Bildungschancen genutzt werden können. Die Kopplung von Sozialtransfers an das verfügbare Haushaltseinkommen gewährleistet darüber hinaus, dass diese Transfers gezielt an die Bevölkerungsgruppen gehen, die sie zu einem bestimmten Zeitpunkt am meisten benötigen.

Bildung, die auf das Leben vorbereitet. Bildungssysteme, in denen Kreativität und die Vielfalt der kognitiven Fähigkeiten keinen Platz haben, erschweren die Entwicklung von Fähigkeiten, die zur Chancengerechtigkeit beitragen, angefangen bei der Bereitschaft, kalkulierte Risiken einzugehen. Auch sozial-emotionale Fähigkeiten zählen: Ökonomen wie James Heckman und Tim Kautz unterstreichen in ihren Studien die Bedeutung von

Aspekten wie Verantwortung, Fleiß, Offenheit für neue Erfahrungen, Extrovertiertheit, Teamfähigkeit und emotionale Stabilität. Der Aufbau eines flexiblen, auf individuelle Begleitung und auf effiziente Chancengerechtigkeit ausgerichteten Bildungsangebots ist eine der wichtigsten Grundlagen, bedarf aber aller anderen hier erläuterten Voraussetzungen.

Erschwinglicher Wohnraum. Der Wohnungsmarkt in Südeuropa ist durch eine hohe Eigentumsquote gekennzeichnet. Eine Politik, die sich auf die Stärkung und Horizontalisierung des Mietmarktes, die Erhöhung des Wohnungsangebots und auf Rechtssicherheit konzentriert, würde zum Abbau dieser hohen Barriere und außerdem dazu beitragen, dass sich jungen Menschen die Chance auf stabile und nachhaltige Lebens- und Wohnbedingungen eröffnet.

Freisetzung des kreativen Potenzials. Die genannten Maßnahmen müssen umgesetzt werden, ohne dass noch mehr bürokratische oder anderweitige Barrieren den Aufbau nachhaltiger Laufbahnen erschweren. Das neue Wohlfahrtssystem muss effektiv, effizient und unbürokratisch sein und gleichzeitig eine Absicherung für alle gewährleisten, die Risiken eingehen, experimentieren und am Markt teilnehmen wollen. Sämtliche Hürden müssten auf ein Minimum reduziert werden, d. h. dass alle Anforderungen, die für die Gründung neuer Unternehmen nicht wirklich notwendig sind, radikal abgeschafft werden sollten. Gleichzeitig müsste eine tiefgreifende Reform der Sozialbeitragsysteme für Selbstständige und Freiberufler durchgeführt werden. Dies beinhaltet ein progressives Beitragsmodell mit einer flachen, einkommensabhängigen Kurve, Anreize für eine Anfangsinvestition von Zeit und Geld und den hierfür erforderlichen Spielraum.

2. Ein einheitlicher, flexibler und sicherer Arbeitsmarkt, der sich auf den Aufbau von Humankapital konzentriert

In Südeuropa wird Arbeitnehmern in stabilen Beschäftigungsverhältnissen immer noch eine viel bessere soziale Absicherung als Arbeitnehmern auf dem weniger regulierten Arbeitsmarkt geboten – den Teilreformen des Arbeitsmarkts aus der Zeit der großen Rezession zum Trotz. Das Ziel dieser Reformen (Teilreduzierung der Personalabbaukosten bei unbefristeten Verträgen) wirkt sich nur am Rande aus, wenn nicht eine Angleichung der Kosten für alle Vertragsmodalitäten festgesetzt wird und beim Personalabbau eine soziale Mindestsicherung der Arbeitnehmer durch entsprechende Maßnahmen gewährleistet wird. Denn sie sollen ihre Fähigkeiten unabhängig vom Arbeitsplatz ausbauen können, weshalb vor allem der Einzelne und nicht sein Arbeitsplatz geschützt werden muss, damit er für sich selbst und für die Gesellschaft als Ganzes Nutzen generieren kann.

Angleichung des Kündigungsschutzes. In Südeuropa sind die arbeitsrechtlichen Bestimmungen tendenziell dazu ausgelegt, besonders hochqualifizierte, langfristige Arbeitsplätze zu schützen, wobei die neue Generation von Arbeitnehmern (insbesondere diejenigen mit einer geringeren Qualifikation) die gesamte Last der Flexibilität tragen muss. Zur Überwindung dieser Diskrepanz müsste ein Modell entwickelt werden, das eine soziale Absicherung während des ganzen Lebenszyklus gewährleistet. Ein einheitlicher Arbeitsvertrag, bei dem die Abfindung von Jahr für Jahr degressiv ansteigt, würde dazu führen, dass sich Zeitarbeitsverträge nicht mehr rechnen und stabilere Erwerbsverhältnisse gefördert werden. Zur Aufstockung der Abfindung müsste ein progressiver Schutzmechanismus entwickelt werden, eine Art „Rucksack“ (siehe unten).

Generationsübergreifender Ausgleich des Arbeitslosenschutzes Wenn die Transferleistungen für den Arbeitslosenschutz zu sehr von den vorherigen Beiträgen des Arbeitnehmers abhängig sind, wird der Mechanismus generationsübergreifend regressiv. Im Rahmen der Chancengerechtigkeit sollte ein Teil dieser Ausgaben auf jene Arbeitnehmer umgeleitet werden, die noch keine Beiträge eingezahlt haben, um zu gewährleisten, dass sie bei Arbeitslosigkeit in ihre Weiterbildung investieren und sich unter besseren Bedingungen wieder in den Arbeitsmarkt eingliedern können. Daher sollte dieser Ausgleich mit einer Strukturreform der Arbeitsmarktpolitik verbunden werden, die in der Folge geschildert wird.

Effiziente arbeitsmarktpolitische Maßnahmen und lebenslanges Lernen. Das bisherige System zur Schaffung neuer Arbeitsplätze in Südeuropa sind Beihilfen und Subventionen für Unternehmen, insbesondere für kleine und mittlere Unternehmen. Zudem unterliegt die Gestaltungspolitik seit jeher der Vereinnahmung durch Unternehmen und Gewerkschaften, denen keine Anreize geboten werden, etwas zu fördern, was potenziell auch ihren Konkurrenten zugute käme (neue Unternehmen, neue Arbeitnehmer). Eine wirkliche Neuorientierung, die darauf abzielt, Arbeitsplätze zu schaffen und Chancen zu eröffnen, sollte auf einem dezentralisierten, wettbewerbsfähigen und marktorientierten Management mit dem Fokus auf lebenslangem Lernen basieren, wobei besonderes Augenmerk auf die neuen Generationen ohne Hochschulbildung zu legen ist.

3. Garantie der Möglichkeit, eine Familie zu gründen

Ein weiteres Strukturmerkmal der Wohlfahrtsstaaten in Südeuropa ist die Tatsache, dass die Betreuung von Kindern weitgehend in der Verantwortung der Familien liegt. Dies wirkt sich in zweierlei Hinsicht negativ auf die Vereinbarkeit von Familie und Beruf aus. Einerseits schieben viele Frauen ihre Mutterschaft auf oder verzichten vollständig darauf, was die Fertilitätsrate in diesen Ländern sinken lässt. Andererseits führt die schwierige Vereinbarkeit von Beruf und Familie in diesen Ländern zu besonders niedrigen Frauenerwerbsquoten, wodurch die potenziellen Sozialbeiträge dieser Bevölkerungsgruppe reduziert werden. Vor diesem Hintergrund müssen anhand des Beispiels anderer europäischer Länder Reformen durchgeführt werden, um ein angemessenes Angebot an Dienstleistungen zur Vereinbarkeit von Beruf und Familie bereitzustellen.

Ein flächendeckendes und zugängliches Netz von Kindergärten. Erschwingliche, flexible und qualitativ hochwertige Angebote zur Vereinbarkeit von Beruf und Familie sind für die Berufstätigkeit, insbesondere von Müttern, entscheidend. Im Sinne der Wirksamkeit dieser Maßnahmen müssen Kindergärten erschwinglich sein, so dass die Kosten nicht im Weg stehen. Das Angebot muss universell sein, so dass die Nachfrage durch ausreichende Kindergartenplätze auch gedeckt werden kann. Darüber hinaus sollte es flexible Betreuungszeiten geben, die mit den Arbeitszeiten der Eltern vereinbar sind. Schließlich ist es von entscheidender Bedeutung, ein qualitativ hochwertiges Bildungsangebot für Kleinkinder zu etablieren, das zur sozio-emotionalen Entwicklung von Jungen und Mädchen und zum Abbau der Chancenungleichheit beiträgt.

Vereinbarkeit von Familie und Beruf ab einem Kindesalter von drei Jahren. Ein Angebot an Dienstleistungen zur Vereinbarkeit von Familie und Beruf muss während der gesamten Kindheit -und nicht nur im Kleinkindalter- gewährleistet sein. Es kann außerschulische Aktivitäten während des Schuljahres oder spezielle Ferienangebote umfassen, mit einem vielfältigen Angebot an Aktivitäten und einer adäquaten Beaufsichtigung der Kinder durch Fachpersonal. Diese Art von Programmen fördern die Vereinbarkeit

von Beruf und Familie und tragen dazu bei, dass den Kindern trotz sozioökonomischer Unterschiede gleichwertige Entwicklungschancen geboten werden.

Elternzeit. Eine bezahlte Elternzeit ist für junge Eltern entscheidend, wenn sie Familie und Beruf miteinander vereinbaren wollen. Dies umfasst sowohl die ersten Lebensmonate des Kindes als auch die Möglichkeit, während der gesamten Kindheit eine bestimmte Anzahl an Tagen für die Betreuung des Nachwuchses freinehmen zu können. Für eine adäquate Umsetzung dieser Familienpolitik legt die Evidenz nahe, dass die Elternzeit für Väter und Mütter von gleicher Dauer und nicht zwischen den Eltern übertragbar sein sollte und dass das Elterngeld sie so gut wie möglich am ursprünglichen Gehalt orientieren sollte. Außerdem sollten Zeitpunkt und Dauer der Elternzeit flexibel bestimmt werden können, so dass eine Anpassung an die jeweiligen beruflichen Umstände von Müttern und Vätern möglich ist.

Flexiblere Arbeitszeiten. Unternehmen verfügen über eine Reihe von Maßnahmen, die eine Vereinbarung von Arbeit und Kinderbetreuung ermöglichen. Dazu gehören flexible Arbeitszeiten, Arbeitszeitverkürzungen aus Betreuungsgründen oder der Abbau von Überstunden nach Bedarf (Gleitzeitregelungen). Politisch kann das Recht des Arbeitnehmers auf diese Maßnahmen geregelt werden. Außerdem sollten sie allen und nicht nur denjenigen Mitarbeitern des Unternehmens offen stehen, die Kinder betreuen müssen, um eine Stigmatisierung zu vermeiden.

4. Ein nachhaltiges Sozialsystem

Die demografische Entwicklung stellt neben der Situation auf dem Arbeitsmarkt in Südeuropa eine Herausforderung für die Finanzierung der Sozialsysteme in diesen Ländern dar. Aus diesem Grund sind nachhaltige Rentensysteme, die sowohl die Demografie als auch die Finanzierbarkeit durch die Beitragszahler berücksichtigen, unabdingbar.

Gesicherte und nachhaltige Renten. Die fortschreitende Alterung der Bevölkerung in Südeuropa erzeugt einen Teufelskreis nicht nachhaltiger politischer Entscheidungen: Mit steigendem Durchschnittsalter der Wähler steigen auch die kurzfristigen Anreize, öffentliche Ausgaben dieser Bevölkerungsgruppe zugutekommen zu lassen. Doch je mehr das Gleichgewicht aus dem Lot gerät, desto weniger konzentriert sich die Politik auf die jüngere Generation, was mit geringeren Anreizen zur Gründung von Familien einhergeht, wodurch wiederum die Stabilität des Rentensystems gefährdet wird. Es müssen Systeme zur langfristigen Nachhaltigkeit der Rente eingeführt werden. Hierbei können Nachhaltigkeitsformeln zum Tragen kommen – in Spanien werden diese Maßnahmen allerdings seit der letzten großen Rezession aufgeschoben.

Ein „Rucksack“ mit Absicherungsmaßnahmen. Neben der Bindung der Rente an Nachhaltigkeitskriterien wäre es wünschenswert, dass ein Teil der Ersparnisse personenbezogen eingesetzt wird, was ebenfalls eine unverzichtbare Ergänzung zum einheitlichen Arbeitsvertrag mit einer degressiven Abfindung darstellt (siehe oben). Dies könnte ein an den Arbeitnehmer gebundener Fonds sein, in den der Arbeitgeber regelmäßig einzahlt, und zwar jeden Monat einen Prozentsatz des Gehalts. Bei Beendigung des Beschäftigungsverhältnisses soll der Arbeitnehmer unter bestimmten Bedingungen entscheiden können, ob er den Fonds auflösen oder bis zu seiner Rente weiterlaufen lassen möchte. Dieser Fonds führt zusammen mit dem unbefristeten Vertrag

und einer degressiven Abfindung dazu, dass Zeitarbeitsverträge unattraktiv werden. Hierbei wird nicht auf eine effektive Absicherung verzichtet, ganz im Gegenteil: Sie steigt mit zunehmender Berufserfahrung des Arbeitnehmers. Dies würde darüber hinaus die Nachhaltigkeit des Systems der Transferleistungen stärken.

Eine effiziente, an den Bedürfnissen der Menschen orientierte Ausgabenpolitik. In der Vergangenheit hat die spanische Regierung eine Tendenz zur Ineffizienz bei den öffentlichen Ausgaben gezeigt, insbesondere bei Konjunkturpaketen in Krisenzeiten. In unmittelbarer Zukunft sollte ab dem Eintreffen der Mittel aus dem europäischen Wiederaufbaufonds für den Konjunkturaufschwung ab 2021 ein auf Effizienz und Gerechtigkeit basierendes Bewertungssystem für jeden ausgegeben Euro eingeführt werden, wobei die nationale Ebene und Regionen gleichermaßen einbezogen werden sollten und eine übermäßige Machtkonzentration und mangelnde Rechenschaftspflicht im Entscheidungsprozess vermieden wird.

Wir sind davon überzeugt, dass diese inhaltlichen Leitplanken als Bezugspunkt für zukünftige Debatten dienen können mit dem klaren Ziel, aktuelle Chancenlücken zu schließen, künftige zu verhindern und einem inklusiven Pluralismus zur Renaissance zu verhelfen, der innerhalb der liberalen Demokratie funktionabel ist und den jungen Generationen dient.

KONTAKT

Esade Business School

Avda. Pedralbes, 60-62

ES-08034 Barcelona

Tel: +34 93 280 6162

dobetter@esade.edu

www.esade.edu

 **EsadeBS**

 **esade**

 **esade**

 **esade**

 **_esade**

Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit

Calle de Fortuny 3, 1º izquierda

ES-28010 Madrid

Tel: +34 913 08 94 80

madrid@freiheit.org

www.freiheit.org

 **fnfmad**

 **fnfmad**

 **Friedrich Naumann Foundation Madrid**

 **MD Go Friedrich Naumann Foundation Madrid**

 **fnfmad**

esade

EsadeEcPol - Center
for Economic Policy



**FRIEDRICH NAUMANN
FOUNDATION** For Freedom.

Spain, Italy, Portugal

Esade

Die 1958 gegründete Esade ist eine globale akademische Einrichtung mit Standorten in Barcelona und Madrid und verfügt über Kooperationsvereinbarungen mit 185 Universitäten und Business Schools auf der ganzen Welt. Jedes Jahr nehmen mehr als 11.000 Studenten an den Studiengängen in den drei Ausbildungsbereichen Business School, Law School und Executive Education teil. Esade Alumni vereint über 60.000 Alumni und ein internationales Netzwerk mit 72 Chaptern. Die Alumni stammen aus 126 Nationen und der Verein ist in über 100 Ländern vertreten. Esade ist auch am Business Innovation Park Esade Creapolis beteiligt, einem innovativen Gründerzentrum, über das die Innovationsprozesse in den beteiligten Unternehmen inspiriert, gefördert und beschleunigt werden sollen. Die international ausgerichtete Esade steht in den Business School-Ranglisten von Financial Times, QS, Bloomberg Businessweek und América Economía auf den vordersten Plätzen. Esade ist der Universidad Ramon Llull angegliedert.

Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit

Die FNF ist eine deutsche politische Stiftung, die sich der Förderung der politischen Bildung und liberaler Prinzipien wie Menschenrechten, freier Marktwirtschaft, Rechtsstaatlichkeit und liberaler Demokratie verschrieben hat. Die Stiftung setzt sich in mehr als 60 Ländern der Welt für Freiheit und die Würde aller Menschen in allen Bereichen der Gesellschaft ein. Das Madrider Büro stärkt die Zusammenarbeit und den politischen Dialog der politischen Parteien, der wissenschaftlichen Institutionen und der zivilgesellschaftlichen Organisationen in Spanien, Italien und Portugal und auf europäischer Ebene. Das Team der FNF Madrid entwickelt Lösungen für spezifische regionale Herausforderungen in Südeuropa und fördert den Best Practice-Austausch in der Region, um damit einen Beitrag zum Prozess der europäischen Integration zu leisten.